

Commer

Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter Deutschlands.
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Eingel.-Abonnement pro Quart. frank geg. franko 1 M.
Verantwortl. Redakteur und Verleger: O. Schumann, Berlin.

Redaktion und Exped.: Berlin SO., Gewerkschaftshaus,
Eingel.-Büro 16. Telefon: Amt VII, 9948.
Geöffnet: 9—1 Uhr Vorm., 5—7 Uhr Nachm., Sonntags geschl.
Redaktionschluss am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.

Anzeigen:
die 3 spaltene Zeile 40 Pf. Im Abonnement
entsprechender Rabatt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Ar. 7.

Berlin, den 29. März 1903

7. Jahrg.

Jugendabteilungen.

Unsere jungen Mitbürger wachsen auf fast ohne Verständnis für die sozialen Zusammenhänge, ohne Bewußtsein menschlicher Verantwortlichkeit. — Kein Wunder daher, daß ernsthafte Männer aus allen Lagern die feilsche Apathie des Volkes beklagen, kein Wunder, daß wir bei der Mehrzahl der Arbeiter eine solche Gleichgültigkeit finden gegenüber der Organisation der Arbeit, der Genossenschaft und gegenüber den Idealen einer höheren Gesellschaftsordnung! Wir fangen am falschen Ende an, wenn wir versuchen, erwachsene Männer und Frauen zu treuen Gewerkschaftlern, unbestechlichen Wählern und gewissenhaften Beamten und Arbeitern zu machen.

(Manifest der Londoner Arbeiter 1902.)

Jugendabteilungen! Was ist denn wieder für eine obfure Neuerung? wird so mancher unserer Kollegen gesagt haben, als er den beglücklichen Antrag der Hamburger Kollegen in unserer Blatte las. Gewiß eine neue Idee, aber nur neu für Deutschland. Etwas Alles aus der Arbeiterbewegung Italiens, Österreichs, Frankreichs, Englands. Im Lande der mächtigsten Arbeiterbewegung hat man sich bisher um die Schulung der heranwachsenden Jugend leider wenig getümmelt. Gewiß sind die eigenartigen Verhältnisse Deutschlands, nicht zum wenigsten seine reaktionäre Vereinsgesetzgebung an diesem Indifferentismus der heranwachsenden Generation gegenüber schuld. Das preussische Vereinsgesetz verbietet beispielsweise den Lehrlingen ausdrücklich, politischen Vereinen — und als solche werden ja die Gewerkschaften an den maßgebenden Stellen angesehen — beizutreten. Aber nur den Lehrlingen, nicht den jugendlichen Arbeitern überhaupt. Und warum soll diese unfreiwillig von den Reaktionären gelassene Freiheit nicht von uns ausgenutzt werden? Die große Masse der Arbeitersöhne sind heute überhaupt nicht mehr in der Lage, ein Handwerk „lernen“ zu können, sie müssen vielmehr schon, sobald sie die Schule verlassen, sehen, ein paar Groschen in der Woche zu verdienen, um so zum Unterhalt der Familie beizutragen. Und schließlich kommt ja, wenn man es genau nimmt, beim Lernen eines Handwerks auch nichts mehr heraus.

Und wohin drängt die Masse der die Schule verlassenden Knaben? In der Großstadt meistens nach dem Beruf der Handels- und Hilfsarbeiter.

Unsere Chefs wissen diese jungen, willigen und — was die Hauptsache ist — billigen Arbeitskräfte zu verwenden. „Lustbursche gesucht“, diese charakteristische Annonce kann man täglich hundert Mal in allen General- und Lokalanzeigern lesen.

Die Zahl der jugendlichen Hilfsarbeiter ist in den Großstädten meist viel größer als die Zahl der beschäftigten erwachsenen Handels- und Hilfsarbeiter. Die Konkurrenz, die seitens der jüngeren den älteren Hilfsarbeitern gemacht wird, ist eine ganz enorme, die Unterbietung des Lohnes seitens ersterer ein Krebsbäl des ganzen Berufes. Ist es unter diesen Umständen nicht geradezu unsere Pflicht, die Jugend so früh als möglich zur Organisation heranzuführen?

Der Jugend gehört die Zukunft oder nach einer anderen Variation: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“. Das Solidaritätsgefühl und die anderen sittlichen Qualitäten, auf welche das Wachstum und der Zusammenhalt der sozialen Bewegung so dringend angewiesen ist, sie werden nicht durch die Mitgliedschaft erworben, sondern sie müssen in den Jahren der moralischen Entwicklung geweckt, befruchtet

und zur tiefgewurzelten Ueberzeugung gemacht werden. Neunzig Prozent der Mitglieder, die wir unserem Verbände zugeführt haben, sie sind bisher diesen immer wieder verloren gegangen, warum wohl? Weil wir nicht im Stande waren, die Kollegen von der Nothwendigkeit der Organisation dauernd zu überzeugen. Die Jugend ist für die Lehren des Sozialismus, für die Lehren einer höheren Weltanschauung weit empfänglicher als das Alter, das sich selbst oft weise dünkt und dabei in den meisten Fällen nicht über die eigene Nase hinaussehen kann.

Die Jugend für sich zu gewinnen, das ist das Bestreben unserer Reaktionäre. Ueberall haben diese scheuen Gestalten ihre Rekruten aufgestellt, nur um die Arbeiterjugend der Arbeiterbewegung zu entfremden. Ja, der junge Mann, der heute vom Lande nach der Großstadt kommt, ist sogleich mit seiner Anmeldung bei der Polizeibehörde auch bei den frommen Jünglingsvereinen angemeldet. Schon nach wenigen Tagen kommt ein solcher Vertreter Stöckers und ladet den jungen Mann ein, sich doch im christlichen Jünglingsverein einzufinden, dort „ei es so schön usw.“ Besuch wird dann noch mehrere Male wiederholt und so dürfte es den Meisten in vielen Fällen gelingen, die Unerfahrenen für sich einzufangen.

Die innige Verbindung dieser Vereine mit der Polizei, deren Vorurtheile diesen gegenüber beim Abgeben der Adressen der zugezogenen „Unverbörbenen“ zeigt uns schon die Richtung, die diese Jünglingsvereine einzuschlagen belieben.

Der Verband der katholischen Arbeitervereine macht ebenfalls auf die Jugend Jagd, er fordert seine Mannen zur Gründung von Vereinen jugendlicher Arbeiter auf. Das Organ dieses Verbandes, der in Berlin erscheinende „Arbeiter“ schreibt:

„Es ist klar, daß die katholische Arbeiterbewegung verstanden muß, wenn ihr nicht aus dem Jungbrunnen der Jugend stets neuer Zufluß zufließt.“

Gerade dieser Umstand mahnt uns nachdrücklich an die Verpflichtungen, die wir der schulentlassenen Jugend gegenüber zu erfüllen haben, und die Schaaeren von Jünglingen, die sich vor kurzem wiederum aus der Obhut des Lehrers in die Zucht des Meisters begaben, weisen uns auf den

Beschluß des Delegirtentages

hin, demzufolge die Organisation der jugendlichen Arbeiter vom Verbände in Angriff genommen werden sollte.

Wir fragen deshalb an, in welchen Vereinen eine Angliederung der jugendlichen Arbeiter bisher erfolgt ist oder ob sich aus Grund jenes Beschlusses selbständige Vereine für jugendliche Arbeiter gebildet haben?

Wo dies noch nicht geschehen sein sollte, dürfte es sich empfehlen, die schulentlassene Jugend gleich beim Austritt aus der Schule zu organisieren und sie je nach den örtlichen Verhältnissen entweder als Abtheilungen der Arbeitervereine oder als selbständige Vereine zu behandeln. Auf jeden Fall muß auch der Zusammenschluß der jugendlichen Arbeitervereine eine

Verbands Einrichtung

sein, weil nur in dieser innigsten Eingliederung in die katholische Arbeiterbewegung eine wirkliche soziale Erziehung bei unserer Jugend zu ermöglichen ist.

Bei dieser Bildung von jugendlichen Arbeitervereinigungen wird den Laien, insonderheit bestimmten Vertrauensmännern, eine neue, schöne Aufgabe erwachsen, und wir hoffen, daß bewährte Mitglieder der Arbeiter-

vereine gern in den Dienst der Jugend zu treten gewillt sind. Es sollte aufs neue

der Ruf zur Sammlung

erlösen, damit der Verbandsvorstand dem nächsten Delegirtenstage die geeigneten Vorschläge unterbreiten kann. Wir erwarten also aus allen Gebieten unseres Verbandes die erfreuliche Nachricht von der Bildung jugendlicher Arbeitervereine, um ihre Eingliederung in den Verband und ihren inneren Ausbau nach den Grundsätzen der katholischen Arbeiterbewegung in Angriff nehmen zu können.

Bisher haben aber die Grundzüge der christlichen und der sogenannten katholischen Arbeiterbewegung noch immer lediglich darin bestanden, daß diese Arbeitervereine nur bestrebt waren, den Unternehmern billige und willige Ausbeutungsobjekte zu liefern. Ja, daß sie oftmals direkt Streikbrecher, die ihren Kollegen bei Lohnkämpfen in den Rücken fielen, gegüht haben. Aber nicht nur die Rückwärtler suchen sich der Jugend in ihrem eigenen wohl verstandenen Interesse zu bemächtigen, auch die Patrioten versuchen, den gleichen Weg einzuschlagen, um aus dem Nachwuchs der Arbeiterbewegung selbst, dem Radikalismus derselben, deren Klassenbewußtsein einen wirksamen Damm entgegenzusetzen zu können. Nachdem alle Unterdrückungsmittel gegen die Arbeiterklasse das Gegenheil dessen herbeigeführt haben, was erzielt werden sollte, möchte die Arbeiterjugend als Sturmbock des Patriotismus dienen. Die sogenannten Jugendbewegungen sind ein Produkt dieses geheimnißvollen Gedankenganges. Neuerdings beschäftigt sich auch die Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen, deren Protektor kein geringer als der Herr Staatssekretär von Bosdovsky ist, mit der Errichtung von Jugendklubs. In Hamburg ist man dabei, eine Vereinigung der bisher gegründeten Jugendklubs in die Wege zu leiten. Diese Vereine stehen nicht direkt auf kirchlichem Boden, haben sich aber die Pflege des Patriotismus zur Hauptaufgabe gemacht. Von allen Seiten wird also die Jugend umworben, nur die Arbeiter selbst kümmern sich anscheinend um das Gedeihen ihres Nachwuchses, derjenigen die in der Zukunft die Bajonette tragen, weniger.

Das halten wir, offen gesagt, für einen großen Fehler, der baldigt zur gemacht werden muß. Das Liebesgitter der reaktionären Parteien und Gesellschaftsschichten der Jugend gegenüber, das muß allen denkenden Proletariaten, die über ihre Nasenspitze hinaus in die Zukunft sehen können, den Weg zeigen, der zu gehen ist.

Wir haben bereits nachgewiesen, daß die jugendlichen Arbeitskräfte die älteren, besonders im Handelsgewerbe immer mehr verdrängen. Dem kann nur gesteuert werden, wenn den jungen Leuten erklärt wird, daß sie für gleiche Arbeit gleichen Lohn wie ihre älteren Berufskollegen zu verlangen haben. Um den Leuten aber erklären zu können, wie sie handeln und nicht handeln sollen, muß man sie vorerst beibringen haben. Sie müssen also erst zur Organisation herangezogen werden. Auch in einer anderen Richtung wird es vorthellhaft sein, alle jungen Leute, die die Schule verlassen haben und in unserem Verufe arbeiten, für unseren Verband rechtzeitig zu gewinnen. In vielen Städten haben wir noch mit den blauen Berufs- und Klinkimvereinen aller Farben zu kämpfen. Segen wir diese aufs Aussterbeat, indem wir ihnen das Rekrutenmaterial vorwegnehmen. Der Verein Berliner Hausdiener tapert uns bekanntlich in der Stadt der Intelligenz verhältnismäßig recht viele junge Hausdiener vor der Nase weg. Er nimmt aber Leute unter

18 Jahren nicht auf. Der Jopf, der glücklicherweise — möchten wir fast sagen — der Mehrzahl seiner Mitgleichen noch hinten hängt, der bürgt uns dafür, daß die betreffenden statutarischen Bestimmungen noch nicht so bald geändert werden.

Also greifen wir zu und organisieren wir die jungen Leute schon bevor sie das 18. Lebensjahr erreicht haben. Dann muß der Verein von selbst mit der Zeit veranden, wenn er nicht gar von der heranströmenden Jugend schon vorher über den Haufen gerannt wird.

Ja, wird mancher Kollege sagen, ich sehe sehr wohl ein, daß es notwendig ist, die Berufskollegen schon bei ihrem Eintritt in die Arbeit für die Organisation zu gewinnen, aber und dieses aber ist gewiß nicht unberechtigt, wird es denn möglich sein, Jung und Alt in einen Verband hineinzugewöhnen?

Auch wir sind der Meinung, daß dies nicht gut möglich sein wird. Die Jugend würde sich im Kreise der älteren Berufskollegen nicht wohl fühlen und noch mehr dürfte dasselbe umgekehrt der Fall sein. Die Jugend hat wenig Interesse an der Arbeitslosigkeit, gar kein Interesse an der Krankenunterstützung des Verbandes, sie hat aber ein Interesse an Rechtsschutz und am Arbeitsnachweis, an Lehrern ganz besonders. Die Versammlungslust der reifen Genossenschaftler mit ihren heftigen, leider nicht immer ganz sachlichen Debatten sind gewiß nicht von pädagogischem Wert für die Jugend. Die Jugend stürmt und drängt nach Vorwärts, Aufwärts, sie hat Interesse für tausend andere Dinge, die den reiferen Menschen und besonders unsere abgerackerten Berufskollegen völlig kalt lassen. Weil dem so ist, muß die Jugend in der Organisation formell getrennt marschieren. Wir müssen eigene Jugendabteilungen in den Verwaltungsstellen, eventl. eigene Verwaltungsstellen für die Jugend einrichten. Diese Jugendabteilungen müssen nach den Bedürfnissen ihrer Mitglieder eingerichtet werden. Das und nichts Anderes will der Antrag unserer Hamburger Kollegschaft. In unserem Nachbarschafts-Verein (siehe Nr. 220) seit 8 Jahren solche Jugendvereine (Näheres darüber siehe sog. Monatshefte 1903, S. 3, Seite 220), sie haben sich bisher ausgezeichnet bewährt und die ihnen gestellten Aufgaben glänzend erfüllt. Warum sollten wir nicht das Gleiche zu thun im Stande sein? Gewiß sind wir das, wenn wir nur wollen. Zugabe, daß sich aus unseren Reihen in der ersten Zeit nicht die Kräfte finden, die die nötige pädagogische, Herzens- und Verstandesbildung besitzen, um die Leitung einer Jugendabteilung mit Erfolg übernehmen zu können, so finden sich doch in den großen Städten — und um solche kann es sich bei der Frage auch nur handeln — ganz gewiß Genossen, die das schwierige und tatsächlich verantwortungsvolle Amt des pädagogischen Leiters unter unserer Anleitung recht gern übernehmen werden. An der Spitze des Programms der Jugendabteilungen mußte die Erziehung zum Klassenbewußtsein, zur Solidarität untereinander und mit den älteren Berufskollegen stehen. Als weitere Aufgaben denken wir uns die Einführung der jungen Kollegen in das Verständnis der Arbeiterliteratur, in die Arbeiterschulung und nicht zum Mindesten in die Lehre der Selbsthilfe und Körperpflege, der Hygiene und des sexuellen Lebens. Auch die Pflege eines der Körperentwicklung zuträglichsten Sportes dürfte nicht ausgeschlossen sein. Kurz leibliche und geistige Weiterbildung auf allen Gebieten des menschlichen Lebens, Aufklärung über alle die Dinge, die man dem jungen Arbeiter in der Schule absichtlich falsch und unwahr dargestellt hat. Die Besuche guter Theatervorstellungen, künstlerischer Konzerte gehören ebenfalls zum Programm solcher Jugendvereinigungen. Gerade in dieser Beziehung wird heute an der Jugend so viel geknabert und derselben der Geschmack für das Schöne und Hohe verdorben. Hunderte von Theatervereinen werden heute von den jungen Leuten gegründet — was jung ist, will Beschäftigung haben — und dort wird dann die Kunst verbrannt, daß Gott erbarm! Das Vorsehung hat, wie der Berliner sagt, in erschreckender Weise in der Arbeiterjugend um sich gegriffen, das Vorsehung, daß die Grundlage alles politischen Indifferentismus ist. Dieses zu beseitigen, wird nur gelingen, wenn wir die Jugend zu ernster Arbeit erziehen. Entziehen wir unseren Gegnern die Jugend, führen wir sie zum Kampf gegen den Kapitalismus, rüsten wir sie mit den haarstarken und sicheren Waffen des Wissens aus, es kann und wird niemals unser Schaden sein.

Geben wir der Jugend Arbeit in der Organisation, nützen wir die in den Laufbahnen unserer (heißt ausgesprochene) überprüfende Kraft für den Verband aus, stellen wir das frisch pulsierende Blut als Avantgarde in unsere Reihen und schaffen wir uns so Streiter, die von der Idee auf brennen, die auf Jahre hinaus bei der Organisation noch nicht Müdigkeit zu nehmen, die keine Maßregelung ernstlich zu fürchten brauchen, die, wenn man sie heute aus einem Orte hinausweist, morgen mit ihren

Ideen, mit ihrer Kampflust einen anderen Ort unsicher machen, es kann nur unser Nutzen sein. Gelingt es uns, schon die jüngsten Kollegen von den hohen Aufgaben der Organisation zu überzeugen, sie für diese zu begeistern, dann hat es in der Zukunft keine Noth, um tüchtige charaktervolle, besonnene und doch opferfreudige Agitatoren, die für ihre Organisation ins und durchs Feuer gehen. Wir schaffen uns damit stürmerproben Kämpfer, die überall dort eintreten im Stande sind, wo es im Interesse der Organisation notwendig sein wird, wir führen unserem Beamtensstab frisches Blut zu und beugen so jeder Verhinderung, dem Einfließen bestimmter konservativer Anschauungen vor.

Der Hamburger Antrag weist uns ein neues Arbeitsfeld an, dessen Bearbeitung zum Segen aller Berufskollegen werden muß.

Fuhrwerksberufsgenossenschaft und Unfallverhütung.

Zum Schutze vierbeiniger Wesen haben sich nicht nur in unserem lieben Deutschland an allen größeren Orten humane denkende Menschen zusammengeschlossen und Vereine gebildet zu dem Zweck, Verderbe und Unheil, Kagen und Bögel gegen rohe Menschen zu schützen. Das hohe und schöne, echt menschliche Gefühl des Mitleides, der Humanität gegen die dem Menschen von der Natur untergeordneten Wesen, es wird durch besagte Vereine gehegt und gepflegt. „Quale nie ein Thier zum Scherz, denn es sieht wie Du den Schmerz“, so hat man uns schon in der Schule gelehrt. Und vor 2000 Jahren hat der große Gallier den rein menschlichen Grundfals aufgestellt: „Was Du nicht willst, daß man Dir thu, das füg auch keinem Andern zu“. Aber die Thierschutzvereine hatten in unserem lieben Vaterlande schon eine recht große Ausdehnung, als die herrschenden Klassen noch garmicht daran dachten, ihr angeblich so gutes Herz auch für die, ihnen Brot und Reichthum schaffenden Arbeiter zu entdecken. Erst mußte die soziale Frage mit nerviger Faust an die Thüren der Besitzenden pochen, ehe sie ihrem Nachwächter Staat gestatteten, endlich einmal ein bißchen Vorsorge für die Untersten, sich durch ihrer Hände Arbeit Ernährenden, zu treffen. Dem Ergründen der Arbeiterschaft wollte man dadurch begegnen, daß man dieser durch Schaffung der Versicherungsgesetzgebung ein Stückchen Zuckerbrot hinwarf. Unter Anderem wurde auch ein Gesetz geschaffen, das die Arbeiter gegen die Folgen unverschuldet erlittener Unfälle schützen, ihnen für ramponirte Knochen eine kleine Entschädigung gewähren sollte. Die Kosten für diese Versicherung sollten entgegen den anderen Versicherungsgruppen die Unternehmer allein tragen. Diese Bestimmung war lediglich geschaffen, um die Unternehmer zu veranlassen, durch Einführung von Unfallverhütungsmitteln die Unfälle überhaupt nach Möglichkeit zu mindern. Für die allmähliche Uebernahme der aus der Unfallversicherung sich ergebenden „Lasten“ wurde den Unternehmern aber auch das Recht zugesprochen, die Verwaltung a l l e i n in die Hand zu nehmen. Die Arbeiter, um deren Haut es sich schließlich doch bei dem ganzen Geschäft handelt, haben sich so seggen, man gestatte ihnen allernächst, das Maul zu halten.

Seitens der Arbeitervertreter wurde von vornherein im Parlament betont, daß dieser Zustand zu unhaltbaren Unzulänglichkeiten führen muß. Die bürgerlichen Vertreter wollten es indes so haben, und folgebefen blieb es dabei. Freilich konnte in den achtziger Jahren noch Niemand voraussehen, in welcher Weise die Unternehmer das ihnen gegebene Recht, die Berufsgenossenschaften zu verwalten, für ihre Sonderinteressen ausnützen würden. Niemand hätte wohl geahnt, daß Vorstände von Berufsgenossenschaften, statt für möglichst umfangreiche Unfallverhütung Sorge zu tragen, sich gütlich und petitionierend gegen die Anordnung von Schutzvorrichtungen seitens der Polizeibehörden wenden werden. Was man aber nicht für möglich hielt, es ist leider Thatsache geworden.

Im Interesse der Sicherung des Verkehrs und zum Schutze der Kutscher, sowie des Wagenmaterials der Fuhrunternehmer erließ bekanntlich die Berliner Polizeibehörde eine Verordnung, wonach alle Fahrzeuge, ohne Ausnahme, mit festen Kutscherhaken und sicher wirkenden Bremsen versehen werden müssen. Diese Verordnung ist seit einem Jahre durchgeführt und hat sich bereits reichlich bewährt, dennoch können sich gewisse Fuhrherren noch immer nicht über ihre Durchführung beruhigen. Die Unternehmer petitionirten erst an alle möglichen Behörden und reichten selbst ein Inmediat-Gesuch an den Kaiser ein, um das Inkrafttreten besagter Vorschriften zu verhindern oder wenigstens hinauszuschieben. Als alle Bittelpetitionen nichts halfen, wählte man den Weg der Klage, um die Verordnung vor Gericht in allen Instanzen anzufechten. Die Berliner Fuhrherren-Junggen, die für Anschaffung von Schutzvorrichtungen keinen Pfennig übrig hat, lieg großspurig sofort 1000 Mk. zur Führung der diesbezüglichen Prozesse. Aber auch vor Gericht fielen die Fuhrherren mit ihrem Anfluten in allen Instanzen glänzend durch.

Die Wagnisse ist indes den Fuhrherren noch nicht groß genug. Jetzt wird die Fuhrwerksberufsgenossenschaft gegen die Verordnung mobil gemacht und in einer von dieser eingereichten Petition dasselbe Polizeipräsidium, dessen, sagen wir „grüne Fische Arbeit“ — um den gelindesten Ausdruck der Fuhrherren zu gebrauchen — man zu allen Zweifeln gewußt hatte, um Aufhebung oder wenigstens Abänderung der Verordnung zu ersuchen.

Das Schriftstück ist ein Dokument für die rüchtlängste Auffassung der Unternehmer von den Aufgaben einer Unfallberufsgenossenschaft, es ist ein Dokument dafür, wie schädlich die Alleinherrschaft der Unternehmer in der Berufsgenossenschaft ist, es ist ein Dokument dafür, wie Unternehmer im egoistischen vermeintlichen Interesse ihres Geldbeutels nicht die geringste Rücksicht auf ihre Arbeiter

und deren Gesundheit, deren heile Knochen nehmen und deshalb soll es an dieser Stelle für spätere Kulturforscher aufbewahrt werden. Es lautet:

„J. Nr. 1834. Dresden, den 2. März 1903. Alten: 1. A. 7. gen.“

An den Herrn Polizei-Präsidenten Berlin O.

Der Herr Polizei-Präsident hat für den Polizeibezirk Berlin unter dem 17. Mai 1901, 11 b. O. 225 eine vom 1. April 1902 ab in Kraft getretene Straßenpolizei-Verordnung erlassen.

In der Verordnung ist zwar nicht ausdrücklich auf § 120 d. Abs. 1 der Gewerbeordnung Bezug genommen worden, es dürfte jedoch nicht zweifelhaft sein, daß sie als eine im Sinne dieser Gesetzesbestimmung erlassene, die Verhütung von Unfällen bezweckende Anordnung aufzufassen ist. Die von der Verordnung betroffenen Gewerbetreibenden gehören zu einem sehr großen Theile unserer Berufsgenossenschaft als Mitglieder an, es hätte daher nach unserer Auffassung unsere Berufsgenossenschaft gemäß § 117 Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 von der getroffenen Anordnung in Kenntnis gesetzt werden müssen.

Es soll jedoch hier nicht an dieser Unterlassung ein Einwand gegen die Rechtmäßigkeit der Verordnung erhoben werden, wohl aber hält sich der Genossenschaftsvorstand für verpflichtet, aus anderen Gründen gegen die Verordnung vorzulegen zu werden.

Nach § 2 der Verordnung muß jedes durch Zugthiere bewogene Fahrzeug mit einem festen Kutscherhaken versehen sein, von dem aus der Führer freie Aussicht nach allen Seiten hat.

Es steht statisch fest, daß eine große Anzahl von Unfällen dadurch herbeigeführt worden ist, daß der Kutscher seinen sicheren Sitz einnehmen konnte, und es enthalten daher auch unsere bis jetzt gültigen Unfallverhütungsvorschriften die Bestimmung, daß Wagen, deren Ladung dem Kutscher keinen sicheren Sitz bietet, einen besonderen Sitz mit festem Fußboden und Rücken, sowie Seitenlehnen haben müssen. Auch in dem Entwurf der demnächst zur Verabreichung und Beschlußfassung gelangenden neuen Unfallverhütungsvorschriften ist eine ähnliche Bestimmung aufgenommen worden, jedoch gleichfalls mit der Beschränkung auf Wagen, deren Bauart und Benützung die Anbringung eines festen Kutscherhakens zuläßt. Die Ausrüstung aller Wagen — ohne Ausnahme — hat der Genossenschaftsvorstand, gestützt auf das umfangreiche und zuverlässige statistische Material, nicht für zweckentsprechend erachtet. Nach der Verordnung des Herrn Polizei-Präsidenten müssen Wagen, welche ab und zu einmal sehr hoch beladen werden, etwa mit Stroh, Heu, Brettern, leeren Kisten, Körben, Fässern u. s. w. mit einem diese Ladung überragenden Kutscherhaken versehen sein, der an diesen Wagen zu verbleiben hat, auch wenn sie sonst mit anderen Gegenständen, welche keine so große Ausdehnung in die Höhe erreichen, beladen werden. Es ist aber wohl klar, daß der Kutscher bei dem Vesteigen und Verlassen eines sehr hoch angebrachten Sitzes einer viel größeren Unfallgefahr ausgesetzt ist, als bei niedrigem Sitze, auch ist das Herunterfallen von einem hohen Sitze in der Regel von schwereren Folgen begleitet. Es heißt aber doch die bestehende Unfallgefahr unnötig erhöhen, wenn wegen der wenigen Fälle, in welchen ein übermäßig hoher Sitz erforderlich wäre, nun allgemein ein solcher an den betreffenden Wagen angebracht sein muß. Die Lenkung des Fuhrwerks von einem hohen Sitze aus ist unbedingt ganz ersicht, ebenso auch die Wirkung der nach der Verordnung vorgeschriebenen Bremse. Die beim Omnibusfuhrwerk vorkommenden Unfälle sind zum großen Theile durch den hohen Sitz des Kutschers verursacht, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Kutscher von Kutschwerken, und nur solche kommen doch bei der Verordnung in Betracht, vielfach ein weniger zuverlässiges Arbeitermaterial darstellen.

Die Ausrüstung der Wagen mit einer Bremsvorrichtung ist auch in unseren Unfallverhütungsvorschriften enthalten, allerdings eine solche Ausrüstung nur für berge Gegenden und Städte vorgeschrieben.

Die Begleitung des Fuhrwerks durch eine zweite Person halten wir beim Langloshfuhrwerk für geboten, eine darüber hinausgehende Bestimmung vielmehr sogar für zweckmäßig, weil auch sie geeignet ist, eher Unfälle herbeizuführen als zu verhüten. Der Begleitmann ist, insbesondere bei dem in Berlin herrschenden Straßenverkehr, der Gefahr, von einem Unfälle betroffen zu werden, in viel höherem Maße ausgesetzt als der Kutscher, und vielfach, z. B. beim plötzlichen Durchgehen der Pferde, wird der Begleitmann nicht mehr in der Lage sein, die Bremse bedienen zu können.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, weitere, auf anderem Gebiete liegende Gründe, welche gegen die Verordnung sprechen, anzuführen, die Verhütung von Unfällen aber ist die vornehmste Aufgabe der Berufsgenossenschaften und lebhaft von diesem Gesichtspunkte aus halten wir uns für verpflichtet, gegen einzelne Bestimmungen der Verordnung, welche nach unserer Auffassung mehr Unfälle herbeizuführen als zu verhüten geeignet sind, Einspruch zu erheben.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Herr Polizei-Präsident sich der Möglichkeit der von uns angeführten Gründe nicht verschließen und zur Aufhebung der hier besprochenen Punkte der Verordnung gelangen werde.

Der Genossenschaftsvorstand.
gez. F. Nebelthau.

Eines müssen wir gedenken, die Sophisten der Antike waren Waffensinder gegen die „Diplomaten“ der Fuhrwerksberufsgenossenschaft.

Wir sind sehr überzeugt davon, daß das Berliner Polizei-Präsidium auf diese Eingabe die einzig mögliche Antwort nicht schuldig bleiben wird. Es ist eine Verdrückung der Thatsachen sonderbar, wenn der Vorstand der Berufsgenossenschaft behauptet, er fordere im Interesse der Unfallverhütung die Aufhebung der Ver-

ordnung. Wir als Rutscher, als diejenigen, die ihre Haut zu Markte tragen müssen, wir verlassen von der Sache auch etwas und behaupten, daß die Verordnung in allen ihren Theilen nur geeignet ist, Unfälle nach Möglichkeit zu verhüten, und daß die Unternehmer nur gegen die Verordnung Front machen, weil sie ihnen einige, in Anbetracht des Augens aber ungewisse materielle Unkosten verursacht. Wir halten es aus diesem Grunde für überflüssig, den Standpunkt der Führer nochmals Punkt für Punkt ausführlich zu widerlegen. Daß ein Begleiter die Unfallgefahr noch vermehren soll, das zu begreifen und zu beweisen, muß man die Fertigkeiten des Vorstandes der Fuhrwerksberufsgenossenschaft besitzen.

Und das alles trotz der enormen Zunahme der Unfälle in den der Fuhrwerksberufsgenossenschaft angehörigen Betrieben. Den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes zu Folge entfielen auf 1000 versicherte Arbeiter in der

	1900	1901
Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft	15,11%	20,11%
Lagerer-Berufsgenossenschaft	14,15%	14,52%
Strassenbahn-Berufsgenossenschaft	6,68%	8,00%

Die Unfallzahl der Fuhrwerksberufsgenossenschaft hat sich demnach in einem Jahre um nicht weniger als 33 pSt. erhöht. Das ist eine geradezu unheimliche Steigerung, und trotz dieser macht der Vorstand der Genossenschaft Front gegen die notwendigen Schutzvorrichtungen!

Der Vorstand der Fuhrwerksberufsgenossenschaft thäte wirklich besser, sich mehr um die Verwaltung der Genossenschaft zu kümmern, dort ließe sich viel reformieren und in garnicht langer Zeit soviel Geld sparen, daß die Berufsgenossenschaft die notwendigen Schutzvorrichtungen ihren Mitgliedern auf Genossenschaftskosten liefern könnte. Die Fuhrwerksberufsgenossenschaft hat in Bezug auf Höhe der Verwaltungskosten alle anderen gewerblichen Berufsgenossenschaften, 64 an der Zahl, glänzend aus dem Felde geschlagen. Sie giebt auf den Kopf der Versicherten 351 Mf. Verwaltungskosten aus. Ein kleiner Vergleich der Steigerung der Verwaltungskosten im Vergleich mit den beiden verwandten Berufsgenossenschaften in verschiedenen Jahren sei hier gegeben. Wir bitten, bei diesem Vergleich das Verhältnis der Zahl der in den einzelnen Berufsgenossenschaften Versicherten ganz besonders im Auge zu behalten.

	Zahl der Versicherten 1901	Auf einen Versicherten	Auf 1000 wdt. Löhne	Auf einen Unfall
			1888	
Lagerer-B.G.	143646	Mf. 1,79	Mf. 2,01	Mf. 45,20
Strassenb.-B.G.	52018	Mf. 0,57	Mf. 1,61	Mf. 24,85
Fuhrwerks-B.G.	85145	Mf. 2,59	Mf. 4,06	Mf. 94,52

	Auf einen Versicherten	Auf 1000 wdt. Löhne	Auf einen Unfall
	1900		1901
Lagerer-B.G.	Mf. 1,84	Mf. 1,92	Mf. 24,56
Strassenb.-B.G.	Mf. 0,83	Mf. 0,79	Mf. 10,18
Fuhrwerks-B.G.	Mf. 8,02	Mf. 4,88	Mf. 51,10

Diese Zahlen sprechen Bände. Auch bezüglich der Art der Verwaltungs-Ausgaben erlauben wir uns, immer noch den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes, einen kleinen Vergleich anzustellen.

	Ueberwachung der Betriebe	Unfallversicherungsbeiträge	Reisekosten u. Tagegelder	Vertrauensmänner
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Lagerer-B.G.	10070,60	—	2387,00	1540, —
Strassenb.-B.G.	144,60	1181,12	8805,30	—
Fuhrwerks-B.G.	—	—	2460,70	5543,90

	Belegten zur Genossenschaftsverwaltung	Porto	Interaktion u. Substitution	Sonstige Verwaltungsausgaben
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Lagerer-B.G.	—	25487,43	1618,25	13286,09
Strassenb.-B.G.	—	8561,36	15,40	3580,80
Fuhrwerks-B.G.	4610,10	25564,11	6779,10	46844,55

Während also die Fuhrwerksberufsgenossenschaft für Ueberwachung der Betriebe keinen Pfennig auszugeben hat, haben die persönlichen Ausgaben im Vergleich zu den beiden anderen Berufsgenossenschaften eine ganz abnorme Höhe erreicht. Besonders auffallend sind die Summen für Interaktion und sonstige Verwaltungskosten. Was kann wohl hinter diesen Ziffern stehen? Summa Summarum hat die 85 145 Versicherten zählende Fuhrwerksberufsgenossenschaft netto 2000 Mf. mehr an Verwaltungskosten zu verzeichnen als die 143 646 Versicherten zählende Lagererberufsgenossenschaft. Letztere hat

also, obwohl 58 500 Versicherte mehr als die Fuhrwerksberufsgenossenschaft zählend, dennoch 2000 Mf. weniger an Verwaltungskosten verzeiht.

Unter diesen Umständen wäre es mirlich im Interesse der Unternehmer selbst, die doch diese Riesensummen bezahlen müssen, sehr angebracht, den jetzigen Vorstand der Genossenschaft, wenn er absolut unfähig ist, sparsamer und praktischer zu wirtschaften, schleunigst zum Teufel zu jagen. Auch das Reichsversicherungsamt als Aufsichtsbehörde hätte unserer Meinung nach hier Ursache genug, baldmöglichst für gründliche Reformen zu sorgen.

Aus der Beileitung des Genossenschaftsvorstandes an das Berliner Polizeipräsidium geht bereits hervor, daß auch die demnach von der Berufsgenossenschaft herauszugebenden Unfallverhütungsvorschriften nicht die Bestimmungen enthalten werden, die notwendig sind, um die Unfälle nach größter Möglichkeit zu verhüten. Angesichts der Kurzsichtigkeit der Unternehmer, die noch immer nicht begreifen können, daß gute Schutzvorrichtungen ihrem eigenen Geldbeutel am meisten nützen, weil sie die an die Berufsgenossenschaft zu zahlenden Beiträge vermindern, wäre jede Vorstellung in dieser Richtung nutzlos, denn gegen gewisse Eigenschaften der Menschen kämpfen bekanntlich auch die Götter vergebens.

Dem Reichsversicherungsamt steht leider ebenfalls nicht das Recht zu, die Aufnahme bestimmter Vorschriften in die Unfallverhütungsbekanntmachungen der einzelnen Genossenschaften zu erzwingen, ein Mangel, dem bei der nächsten Novelle zum Unfallversicherungsgesetz abgeholfen werden muß.

Es bleibt uns also nur der Weg übrig, die Polizeibehörden allerorts zu den nötigen Vorkehrungsmaßnahmen zu veranlassen. Wir dürfen als organisierte Arbeiter unter keinen Umständen geschehen lassen, daß durch die Genossenschaft, dem Unverstand und der beschränkten Kurzsichtigkeit der Unternehmer die Zahl der Unfälle von Jahr zu Jahr zunimmt, daß die Zahl der Kollegen, die ihre gesunden Knochen riskieren, eine immer größere wird. Wir sind verpflichtet, schleunigst gründliche Reformen zu schaffen, und wärs im Bunde mit der Polizei. Aus Wert, Kollegen!

Aus der Frauenbewegung unseres Berufes.

Berlin. Die 1. Parteipeditionen beschäftigten Zeitungsfrauen haben sich in einer Zahl von rund 200 in der letzten Zeit unserem Verbandsangehören. Es ist sehr erfreulich, daß auch in den Kreisen der Proletarierfrauen die Einheit platzgreifen beginnt, daß die Zugehörigkeit zur Genossenschaftsorganisation sozusagen zum täglichen Brot gehört. Am 17. März hat nun in den „Arminhallen“ eine recht gut besuchte Versammlung der Zeitungsaussträgerinnen stattgefunden. Der Referent, Kollege Geber, legte den Anwesenden den Nutzen und die Zwecke der genossenschaftlichen Organisation klar und forderte auf, recht fleißig für den Verband zu agitieren. In der Diskussion wurde unliebsam bemerkt, daß von den Zeitungsfrauen der Expedition Osten Niemand erschienen war, die ausgesprochene Verführung, daß der Parteibetreiber des genannten Bezirks es nicht gerne sehe, daß die bei ihm beschäftigten Aussträgerinnen sich genossenschaftlich organisieren. Ist wohl ganz grundlos, da ja die sozialdemokratische Partei als solche auf den verschiedenen Parteitagungen ausdrücklich erklärt hat, daß es Pflicht der Arbeiterklasse sei, sich nicht nur politisch, sondern auch genossenschaftlich zu organisieren. Beschlossen wurde, demnächst eine Sitzung der Vertrauenspersonen der einzelnen Betriebe unter Zuziehung der Ortsverwaltung einzuberufen. In dieser Sitzung sollen einige wichtige Organisationsfragen erörtert und die weitere Agitation geregelt werden.

Die Zahl der Zeitungsaussträgerinnen ist in Berlin eine sehr große und steht hier unserer Organisation noch ein enormes Agitationsfeld zur Weadung. Die Zeitungsfrauen gehören bekanntlich zu den Ärmsten unter den Armen.

Es sind meist Arbeiterfrauen und Witwen von Arbeitern, die sich diesem gewiß nicht leichten Berufe genötigt haben. Frühmorgens, ehe die Sonne tränen, müssen die Frauen schon auf den Beinen sein, denn der Arbeiter will seine Zeitung noch zur Arbeit mitnehmen, um während der Frühstückspause sich über das „Neueste“ informieren zu können. In der Großstadt gehört die Zeitung zum täglichen Brot des Arbeiters und es dürfte demnach wohl wenige Proletarier geben, die nicht das Bedürfnis haben, sich eine eigene Tageszeitung zu halten. Da muß also die Zeitungsfrau schon zwischen 6 und 6 Uhr Morgens, wenn die meisten ihrer Geschlechts-genossen noch in Morpheus Armen liegen, treppauf, treppab laufen, um ihre Arbeitsblätter und -Schwefeln mit der sehnlichst erwarteten geliebten Nahrung zu versorgen. Auch die Aussträgerinnen der bürgerlichen Blätter teilen das gleiche Schicksal. Die Mehrzahl der Abonnenten dieser Blätter rekrutieren sich leider noch immer aus Proletariatskreisen, aber auch der Bourgeois will schon zum Kaffee erfahren, wie die Kurse der Börsenpapiere in Frankfurt, Wien, Paris oder Chicago stehen. Nur sind die Aussträgerinnen bürgerlicher Blätter noch schlechter entlohnt. Es sind nur Pfennige, die hier als Entschädigung für unermüdetes Treppensteigen bezahlt werden. Meistens müssen auch noch die Abendblätter den Abonnenten zugestellt werden und dann ist die Lauferei eine doppelte. Am Abend spüren es die Frauen, von denen die große Mehrzahl die Badzeit weit hinter sich hat, in den Beinen. Und trotz aller Mühe und Schürerei hat die Mehrzahl der Zeitungsfrauen dabei nicht einmal satt zu essen. Ganz abgesehen davon, daß es wohl nur Ausnahmen vergnügt ist, hin und wieder einmal ein billiges Konzert oder Theater zu besuchen. Die Schrecken der Kunst sind den Zeitungsfrauen leider fast ausnahmslos böhmische Dörfer. Zum Genuß solcher „überflüssiger“ Dinge ist kein Pfennig Geld da. Der Verdienst reicht ja doch nicht einmal zu trockenem Brot und Kartoffeln und einem Schälchen zweifelhafter Cichorienbrühe. Da thut Abhilfe dringend noch. Wenn irgendwo

die genossenschaftliche Organisation eine Nothwendigkeit, so ist es hier der Fall. Sie soll diesen Ärmsten Schülern in allen Lebenslagen sein, sie soll die Frauen zur Eingetragtheit untereinander erziehen und ihnen helfen, bessere Arbeitsverhältnisse und vor allen Dingen auskömmlichere Löhne herbeizuführen. Voraussetzung für diese Tätigkeit ist aber, daß sich die Zeitungsaussträgerinnen erst samst und sonder unsern Verband anschließen. Noch stehen ihm laufende fern, nur wenn die Massen treu und fest hinter ihm stehen, ist es dem Verbands möglich, den Kampf um bessere Lebensbedingungen siegreich zu führen. Also, Zeitungsaussträgerinnen Berlins, möget Ihr wo immer beschäftigt sein, samst nicht länger eurer Organisation beizutreten.

Aus unserem Beruf.

Bierführer.

Hamburg. Sektionsversammlung am 1. März. Ueber die Bierlieferung im „Echo“ sprach Wagner. Es hätten vielfach Leute das Bier geliefert, die weder politisch noch genossenschaftlich organisiert seien. Speziell der Bierführer Mähling, der früher mal organisiert war, bemühte sich im vergangenen Jahre, den Kollegen von der Löwenbrauerei in den Rücken zu fallen. Damals wollte er einen Streikbrecherverein der Bierführer gründen. Da die Kollegen, die in der Löwenbrauerei beschäftigt sind, diese Streikbrecher nicht länger dulden können, wird das Personal des Hamburger „Echo“ ersucht, von einem organisierten Bierführer der gleichen Brauerei das Bier zu beziehen. Ferner wurde bemängelt, daß die Bierführer der Hamburger Alken- und Bavaria-Brauerei es noch immer nicht für notwendig gehalten haben, sich der Organisation anzuschließen. Ein Antrag, den Rutscher Schram wieder aufzunehmen, wurde angenommen. Ferner wurde beschlossen, im kommenden Frühjahr unseren im vergangenen Jahr zurückgestellten Lohnstarb erneut wieder eingereichen. Die Disziplinstellungen wurden beauftragt, mit den Vertrauensleuten Betriebskassen einzuberufen. Ob es gelingen wird, unseren Lohnstarb durchzuführen, das hängt ganz von den Kollegen ab, nur wenn die Organisation durch zahlreiche Beitritt entsprechend gestärkt wird, ist an einen Sieg bei der Sache zu denken. Es muß daher Aufgabe jedes Kollegen in der nächsten Zeit sein, alle bekannten noch nicht organisierten Kollegen dem Verbands zuzuführen. Wir hoffen, daß die Kollegen dies begreifen und stritte darnach handeln werden.

Droschkentischer.

Cassel. Recht sonderbare Ränge sind die hiesigen Lohn- und Droschkentischer. Als vor garnicht langer Zeit in unserem Verbandstotal eine Versammlung der Lohn- und Droschkentischer stattfand, erklärten die Betroffenen im Selbstbewußtsein ihrer Würde und stolze wie die Spanier, in die Sozialistenbunde geben wir nicht. Die Versammlung konnte dank dieser eigenartigen Anschauung der Kollegen nicht stattfinden. Als aber am Sonnabend, den 7. März, einige Herrschaftstischer in derselben Sozialistenbunde einen Ball veranstalteten, siehe, da fanden es belagte Kollegen nicht unter ihrer Würde, sich dort recht volkshäßig, und sogar in Wägen, einzufinden, um für eine Nacht das Tanzbein schwingen zu können. Den hiesigen Lohn- und Droschkentischern geht es wirklich nicht so gut, daß sie die Organisation entbehren können. Ihre Arbeitsverhältnisse sind so traurige, daß sie es wirklich notwendig hätten, sich zu organisieren.

Uebrigens was ist mit dem Ueberfluß vom erwählten Feste gesehen; es sind nachweislich 150 Mf. eingenommen worden, während die Ausgaben doch höchstens 70 Mf. betragen haben, ist die Mehreinnahme vielleicht unter den Veranlassern geteilt worden? Im Verbands werden solche Ueberflüsse zur Unterstützung kranker oder in Noth gerathener Kollegen verwendet; deswegen treten wohl bestimmte Leute dem Verbands nicht bei, weil sie dort ihr Schälchen nicht scheeren können.

Reipzig. In der letzten Vorstandssitzung des Droschkentischervereins kam zur Sprache, daß der Rutscherverein ein Aufstreben für die Verhellung der Unternehmung beim Winterfeste gefandt habe. Was mögen das wohl für Bauchtischer sein? Solche Mannen müßten die Unternehmung unbedingt für ihre Unterrückigkeit mit der Verabfolgung einer lebernen Weiballe einschlagen. Seelig sind die Armen im Geiste, denn ihrer ist das Himmelreich, sie dürfen dort noch den Unternehmern die Stiefel pugen.

Fensterpuher.

Die Berliner Kollegen reichten vor einiger Zeit in den größeren Instituten, in denen organisierte Arbeiter beschäftigt sind, Lohnforderungen ein. Darnach sollte der Minimallohn pro Woche 19,50 Mf. betragen, jetzt 15 Mf. Bezahlung der Ueberstunden mit 50 Pf. pro Stunde, Nachtarbeit 6 Mf. pro Nacht, Anerkennung der Organisation. Diese äußerst bescheidenen Forderungen, welche zum Theil in den Berliner Instituten schon durchgeführt sind, wurden seitens der Firma Stähr & Co., Großes Internationales Reinigungs-Institut, Verstrasse 18/19, mit der Begründung abgelehnt, daß die Firma eine derartige Mehrbelastung nicht ertragen könne, da der Betrieb sehr schon nicht abwärts. (Die Firmeneinhaber sind aber in circa 10 Jahren mehr als eine Millionäre geworden.) Ferner würde man, wenn die Arbeiter zu den jetzigen Löhnen nicht weiterarbeiten wollen, fuge n d i c h e Arbeiter einstellen, da die Arbeit der Fensterpuher außerst leicht und von Kindern ausgeführt werden könne.

Dazu ist zu bemerken, daß die Arbeit in unserem Beruf eine äußerst anstrengende und gefahrbringende ist, das beweist in erster Linie, daß in unserem Beruf die höchsten Unfallziffern zu verzeichnen sind, die Reinigungs-Institute demnach auch von der Berufsgenossenschaft in die höchste Gefahrentlasse eingestuft sind.

Die Kollegen der Firma Stähr & Co., welche fast alle organisiert sind, beschlossen daher, sofort die

Tarif

für die bei der Firma . . . beschäftigten Poliere, Arbeiter und Kutscher.

- a) Die Arbeitszeit soll wie folgt geregelt werden:
 1. Im Sommer, d. h. während der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober, von Morgens 7 bis Abends 6 Uhr, mit einer halbstündigen Frühstückspause, einständiger Mittags- und halbstündiger Vesperpause.
 2. Im Winter, d. h. während der Zeit vom 1. November bis 28. Februar, von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr, mit einer halbstündigen Frühstückspause und einer halbstündigen Mittagspause.
 3. Die so festgelegte Arbeitszeit soll auch in jeder Hinsicht innegehalten werden. Falls Küsterarbeit nicht genügend vorhanden ist, sind die Leute auf dem Lagerplatz zu beschäftigen. Während starken Regens oder bei Schneefällen ist die Arbeit evtl. aussetzen.
- b) Lohn:
 4. Der Lohn beträgt für Poliere 75 Pf. pro Stunde und für Küsterarbeiter 60 Pf. pro Stunde. Für Magazinarbeiter ist derselbe Lohn zu zahlen.
 5. Für Überstunden, d. h. von 6 bis 8 Uhr Abends, sind pro Stunde 10 Pf. Aufschlag zu zahlen.
 6. a) Für Nachtarbeit, d. h. von 8 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens, sind 50 pCt. Aufschlag zu gewähren.
 - b) Sonntagsarbeit ist in derselben Höhe wie Nachtarbeit zu bezahlen, u. z. mit der Maßgabe, daß in beiden Fällen mindestens 5 Stunden berechnet werden müssen.
 - c) Sollte jedoch die Arbeitszeit 5 Stunden überschreiten, so ist 1 Stunde Fahrzeit zu vergüten.
 7. Die Auszahlung des Lohnes findet des Sonntags Nachmittags um 5 Uhr, fällt der Zahlungstag vor einen der drei Feiertage (Ostern, Pfingsten, Weihnachten), dann um 3 Uhr Nachmittags statt. Die Lohnzahlung findet im Komptoir oder auf der Arbeitsstelle statt, und muß dieselbe um 5/5 resp. 3/4 Uhr erledigt sein.
 8. Für Fahrgeld ist jedem Arbeiter innerhalb der Berliner Reichslandgrenze pro Woche 1 Mk. zu vergüten, außerdem ist das Fahrgeld während der Arbeitszeit von der Firma zu zahlen.
- Bei Arbeiten in den Vororten ist den Arbeitern ein entsprechender Zuschlag zum Fahrgeld zu vergüten und die Fahrzeit als Arbeitszeit zu berechnen.
9. In Fällen, wo das Arbeitsmaterial nicht rechtzeitig zur Stelle ist, soll die Wartezeit in Höhe des Stundenlohnes bezahlt werden.
10. Sämtliches zum Aufbau eines Gerätes notwendige Material ist in einem guten und brauchbaren Zustand zu liefern, insbesondere hat der Unternehmer für gute Zugseile zu sorgen.
11. Jede Kolonne hat incl. des Poliers aus 6 Mann zu bestehen. Bei Rüstungen über 22 Meter Höhe ist die Kolonne den Verhältnissen entsprechend zu erweitern.
12. Freigabe des 1. Mai als Feiertag.
13. Bei Neueinstellungen von Arbeitern und Kutschern ist der Arbeitsnachweis des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter zu benutzen.

n) Kutscher:

1. Die Arbeitszeit soll im Sommer von Morgens 6 bis Abends 8 Uhr und im Winter von Morgens 7 bis Abends 7 Uhr festgelegt werden.
2. Der Lohn für Kutscher soll im Sommer 80 Mk. und im Winter 26 Mk. pro Woche betragen. Überstunden sind mit 60 Pf. pro Stunde zu vergüten.
3. Entlassungen der Kutscher wegen Arbeitsmangel dürfen im Winter nicht vorgenommen werden. Wartezeiten wegen Durchführung des Tarifs dürfen nicht stattfinden.

Es wurde beschlossen, diesen Tarif am Montag, den 23. März, den Unternehmern vorzulegen, mit dem Ersuchen, daß dieselben ihren Bescheid bis spätestens Donnerstag, den 26. März, an die Kommission gelangen lassen möchten. Sollte bis dahin ein Bescheid nicht eingegangen sein, und zufriedenstellende Zugeständnisse seitens der Unternehmer im Laufe der Woche nicht gemacht werden, so soll sofort wieder eine Versammlung einberufen werden, in welcher dann die weiteren Beschlüsse gefaßt werden. Die Versammlung hat der Meinung, daß die zur Zeit herrschende gute Konjunktur besonders geeignet sei, endlich einmal geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ihrem Verlaufe herbeizuführen und werden zur Erreichung dieses Zieles von dem äußersten Mittel, der Arbeitsniederlegung, nicht zurücktreten.

Straßenbahner.

Wagen. Seit dem Streik im vorigen Jahre sind die Kollegen etwas mühslos und träge geworden, zu ihrem eigenen Schaden. Man muß sich nicht gleich durch Drohungen erschrecken lassen. Chikanen werden immer versucht mit dem Erfolge, daß die Chikananten sich desto mehr zu wehren beginnen. Durch die Mühseligkeit der Kollegen ist der halbwegs genommene Streik ganz ohne Erfolg geblieben. Die Direktion der Kleinbahn beginnt sich schon wieder zu fühlen. Die Dienstzeit ist noch immer 2 bis 3 Stunden länger wie bei anderen elektrischen Bahnen. Das Straßensystem florirt und die Kontrollleure haben ihre Praxis noch nicht veressen. Man hat jetzt sogar Leute im Dienst, welche das von der Aufsichtsbehörde vorgeschriebene Alter von 25 Jahren noch nicht erreicht haben und bereits wegen Transportführung gerichtlich bestraft sind. Zu einer Mittagspause von 20 Minuten hat man sich endlich verstanden.

Gleich nach dem Streik begann seitens der Direktion der Sturm auf gegen unseren Verband. Zunächst versuchte man nach berühmten Mustern den faulen gewöhnlichen Auspruch für Gründung eines lokalen Vereines unter der Protection der Direktion zu gewinnen. Dann folgten Drohungen, indem hätte die Mehrzahl der Kollegen ihren Verband, sie wird dafür sorgen, daß auch die übrigen Kollegen dem Verbands auf die Dauer nicht

ferne bleiben. Daß Einigkeit stark macht, begreift schließlich auch der letzte der Kollegen.

Der Buddhismus scheint auch bei der großen Berliner Straßenbahn Schule zu machen. Auf dem Bahnhofs Schöneberg fühlt sich der Inspektor Bernis beehrt, die Angestellten zu buddhifizieren, als Kellereuleutnant dünkt ihm wohl der Wunsch des Eisenbahnministers Befehl. Es ist immer so, daß die Bedienten der großen Herren schlimmer sind als diese selber. Bernis will höher hinauf, deshalb tagbuchet er nach oben und brutalisiert nach unten. Den Vertrauensmann R. hat Bernis so lange chikanirt, bis dieser sein Amt niederlegte. Eine Versammlung der Angestellten protestierte aufs Euergetische gegen die Handlungsweise Bernis. Aus den Ausführungen, die R. in dieser Versammlung machte, ging hervor, daß der Bernis die Strafen nicht mit Recht, sondern seiner persönlichen Anschauung nach billigt. R. hat unter Anderem einmal um Verlegung des Dienstes, weil er eine Vertrauensmänner-Versammlung besuchen wollte, Bernis gemeldet. Am nächsten Tage machte er dem R. aber die bittersten Vorwürfe, weil die Sitzung im Gewerkschaftshause stattgefunden hatte. Das nächste Mal werden wir Bernis um Erlaubnis fragen, wo wir zusammenkommen dürfen. Bernis sandte auch eine Beschwerde gegen R. an die Direktion mit der Befehlshandlung, R. habe ihn, den Inspektor, belogen, in Wirklichkeit hat Bernis dies nach eigener Aussage nur getan, damit R. ihm nicht etwa mit Beschwerde zuvorkomme. R. erhielt eine Strafverfügung über 3 Mk. Unter diesen Umständen sind wir gezwungen, auch unsere Stellung zu Herrn Bernis ein bisschen zu revidieren. Hören die Chikanen nicht auf, dann werden wir nicht länger davor zurücktreten, der Öffentlichkeit Dinge zu unterbreiten, angelichts deren die Direktion vielleicht prüft, ob Bernis an die Inspektorstelle gehört. Das Vorgehen des Bernis hat bisher freilich bewirkt, daß sich die Mitgliederzahl unseres Verbandes am Bahnhof Schöneberg verdreifacht hat und deshalb möchten wir diesen für uns so agitatorisch wirkenden Inspektor vorläufig nicht missen.

Leipzig. Von den Arbeitsverhältnissen der hiesigen Straßenbahner kommt wenig in die Öffentlichkeit, wodurch leicht die Meinung Raum gewinnen könnte, es ginge diesen Kollegen ganz gut. Nun ist aber dem leider nicht so. Wenn die Straßenbahner sich in stummer Resignation alles gefallen lassen, so liegt das daran, daß sie niemals sicher sind, nicht verrathen zu werden, wenn sie ihr Leid jemand anvertrauen. Die beiden Straßenbahnverwaltungen sind dafür bekannt, daß sie jemand, dem es nicht so recht behagt, der es besser haben möchte, schleunigst an die frische Luft setzen. Und dann giebt es auch so viele Leute, die, um ein Sternlein oder einen Sammetragen zu erhalten, das Denunzieren gewerkschaftsmäßig betreiben. Diese Umstände kennen die Verwaltungen ganz genau. Wie gut es den Führern geht, erlebt man daraus, daß es Journale giebt, bei denen eine Nachtruhe von drei Stunden besteht. Wie soll unter solchen Umständen das Fahrpersonal helle Augen und einen klaren Kopf behalten? Freilich, wer sich etwa erlauben würde, auf dem Wagen einzuschlafen, der hätte eine ganz gewaltige Strafe zu gewärtigen. Die unhaltbaren Zustände zwingen die Straßenbahner, an unsere Organisation heranzutreten, um diese zu einer Eingabe an die Stadtverordneten zu veranlassen. Diese Eingabe kam am 18. Februar zur Verlesung. Stadtverordneter Schönherr (Sozialdem.) machte die Eingabe zu der Meinung, und sie kommt daher demnachst im Plenum zur Sprache. Die Tageszeitungen berichteten über diese Vorgänge, und siehe da, sofort fand sich aus den Reihen der Straßenbahner selbst ein Reiter für die Verwaltungen. Der Schaffner Schönherr, ein Namensvetter des für die Straßenbahner eintretenden Stadtverordneten, machte die Leipziger Neuesten Nachrichten mobil, um seine Kollegen, von denen ihm natürlich niemand einen diesbezüglichen Auftrag gegeben hatte, dagegen zu verwahren, daß eine solche Eingabe von diesen ausgehe. Dieser würdige Kollege, dem der Sternengang natürlich die Hauptrolle ist, wurde von seinen Mitarbeitern daraufhin in Keimen ganz gehörig verurteilt. Öffentlich macht ihm nun wenigstens der Wermuth ein Sternchen auf den Kragen. Sonst war's doch gar zu traurig.

Die Straßenbahner können aus diesem Vorgang wieder einmal lernen, wie notwendig es ist, sich endlich der Organisation anzuschließen, nur diese — und nicht die Spelchelleier — holen die Kaskanten aus dem Feuer.

Die Angestellten der Untergrundbahn Leipzig haben die Ansicht, bei ihrer Direktion mit einer Reihe von Forderungen vorstellig zu werden. Sie fühlen sich verächtlich als Schaffner und Fahrer thätig, jetzt an freien Tagen gegen einen Stundenlohn von 80 Pfennig fahren, was bei durchschnittlich achtstündigem Dienst nur 240 Mk. ausmacht, während sie früher 4 Mk. erhielten. Wenn der ihnen alle 8 Tage zukommende freie Tag auf einen Sonntag fällt, wird der Tag auf die Woche verschoben und sie müssen so jeden Sonntag Dienst thun. Überstunden wurden früher stets für die Zeit von 7 Stunden mit 80 Pfennig bezahlt, auch wenn sie nicht voll gearbeitet wurden; jetzt werden nur 3—4 Stunden bezahlt, auch wenn sie 7 Stunden gefahren sind. Im Jahre 1900 wurden Regenmächten zugestanden, die bis heute noch nicht geliefert sind, ebenso wie die Lohnzahlung an den ersten drei Krankentagen nur zugestanden, oder nicht eingeführt ist. Eine weitere Beschwerde geht dahin, daß die Schaffner nach brendendem Dienst die Kasse mit nach Hause nehmen müssen, da diese erst am nächsten Vormittag abgenommen wird. Dadurch kommt es, daß sie an freien Tagen zweimal zum Depot nach Stralau müssen. Morgens um die Kasse abzuliefern und Abends um den Dienst für den nächsten Tag einzufahren. Außerdem wünschen die Angestellten die Auszahlung ihres Lohnes in Vordrucken, um stets im Besitze einer Aufrechnung der Abzüge u. s. w. zu sein. Die Angestellten sind mit wenigen Ausnahmen Mitglieder unseres Verbandes und hat dieser die weiteren Schritte in die Hand genommen.

Würzburg. Neuigkeiten aus unserer Straß — parbon Musterbetrieb, genannt Straßenbahn. Im Monat Februar waren einige Führer 6 Tage krank, dafür wurden aber 9 Tage vom Monatsgehalt abgezogen. Warum? Sehr einfach, sagt der Herr Direktor — der Februar hat statt 31 bloß 28 Tage. Wer lacht da? Naßist z. B. einem Führer, der schon 8 bis 10 Jahre in dieser Straßkolonie thätig ist, das Malheur, daß der Wagen entleert, 2 Mk. Strafe. Der Herr Direktor sagt, weil ihnen noch nichts passiert ist, deshalb die hohe Strafe, damit sie aufpassen. Hat ein Führer frei, so muß er zu Hause bleiben, denn wenn er gebraucht wird und er ist nicht zu Hause, nun, dann giebt's 50 Pf. Strafe. Kommt ein Führer nach langen Jahren einmal einige Minuten zu spät, dann giebt's 1 Mk. Strafe. Auf große Schamtheit der verehrl. Direktion läßt auch Folgendes schließen: Der Dienst wurde derart geregelt, daß die Leute in 10 Tagen eigentlich für 11 Tage Dienst machen und dafür den 11. Tag frei haben. Jetzt wird aber den Führern dieser freie Tag, wenn er auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, genommen, ohne irgend welche Vergütung müssen sie Dienst machen. Ferner treffen auf jeden Führer pro Jahr 4 freie Sonntage, und diese werden den Leuten jetzt auch genommen, wer aber nicht fahren will an seinem freien Sonntag, der wird entlassen.

Daß die Direktion auch sehr ergebene Diener hat — die ihr alles zutragen — ist ja selbstverständlich. Diesen Dienst versteht vor allem ein Herr B. . . sehr gewissenhaft. Dieser B. . . war früher selbst Führer und jetzt ist er der ergebene Diener seines Herrn im Bureau. Es muß aber auch ein besonderes Gefühl der Wonne sein — bei einer so schneidigen Direktion — Handstampfen in allen Gassen oder Bastele auf allen Suppen sein zu dürfen. Dieser Mann gehört ausgehauen — in Stein natürlich — um der Nachwelt als weiser Rabe überliefert zu werden.

Wenn allerdings die oben geschilderten Zustände noch so weiter gehen, werden wir eine öffentliche Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die Arbeitsklauen der Würzburger Straßenbahn.“ Damit das Publikum hört und sieht, welche drangsallten, geplagten und gehehteten Leuten daselbst — beim Fahren — sein Leben anvertraut. Wir glauben doch nicht, daß etwa die verehrl. Direktion auf den Standpunkt steht, bei der Straßenbahn beginne der Mensch erst beim Kellereuleutnant.

An unsere städtische Behörde richten wir aber allen Ernstes die dringende Bitte, energisch für Abstellung obiger Mißstände besorgt zu sein. Denn damit ist dem Publikum nicht gebiet, wenn die Führer — vom Scheitel bis zur Sohle — mit Groll aus dem Wagen fliehen, indem sie in Folge der vielen Strafen förmlich ab und zu Hunger leiden müssen. Sie verdienen ja ohnedies bloß pro Stunde 22, 24, und 26 Pf., da braucht man auch noch Abzüge zu machen. Mit welchem Rechte, Herr Bürgermeister, zieht der Herr Direktor den franten Leuten 8 Tage mehr ab, weil der Februar bloß 28 Tage hat? Die Leute müssen doch auch für 31 Tage ihre Steuern entrichten. Der Dienst wird gerade so gemacht, ob einige Leute krank sind oder nicht. In Folge dessen sind verärgerte Abzüge — bei monatlicher Bezahlung — überhaupt eine große Ungerechtigkeit.

Mit welchem Rechte, Herr Bürgermeister, wird diesen Leuten alle 10 Tage ihr freier Tag, wenn er auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, verkümmert, ja entzogen? Mit welchem Rechte, verehrl. Stadtmagistrat Würzburg, werden diesen Leuten — von Seiten der Direktion — ihre 4 freien Sonntage im Jahre genommen? U. U. w. g.

Zum Schluß möchten wir noch den verehrl. hiesigen Thiergärtnerverein bitten, sich neben dem Schutze der Thiere auch der Straßenbahnführer annehmen. Das wäre nämlich ein sehr dankbares Feld.

Transportarbeiter.

Die Form muß gewahrt werden. Einer unserer Berliner Verbandangehörigen verließ kürzlich nach einem Lokale in Moabit eine Besprechung der Kutscher eines Betriebes (Schweizerhof) aufzusuchen. Da nach den mehrfachen Entschuldigungen des preussischen Kammergerichts solche Zusammenkünfte bei der Polizeibehörde nicht gemeldet werden brauchen, that dies auch unser Kollege nicht. Im Lokale war zur Zeit der Zusammenkunft ein Kriminalbeamter anwesend, der unseren Kollegen eröffnete, die Versammlung dürfe nicht stattfinden, da sie nicht angemeldet sei. Eine Beschwerde bei dem zuständigen Leutnant des 64. Polizeiregiments half nichts. Auf die weiterhin erfolgte Beschwerde an den Polizeipräsidenten erfolgte nachfolgende Antwort:

„T. B. Nr. VII. D. 703.“

Ihre Beschwerde vom 12. März 1903 vermag ich als begründet nicht zu erachten. Die Behauptung, daß bei der von der Ortsverwaltung — nämlich des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands — zum 8. März er. berufene Versammlung der Arbeiter des Molterieb-Betriebes (Schweizerhof) öffentliche Angelegenheiten nicht erörtert werden sollten, wird durch die von Ihnen überreichte Einladung selbst widerlegt. Nach dieser sollten in der Versammlung insofern öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, als Sie vor den Kutschern des Molterieb-Betriebes (Schweizerhof), zu denen Sie selbst nicht gehören, über die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation sprechen und sie zum Anschluß an diese Organisation auffordern sollten. Die Versammlung fiel daher unter den § 1 des Vereinsgesetzes und bedurfte der vorherigen polizeilichen Anmeldung.

Es ist also in nicht angemeldeten Betriebsversammlungen wohl gestattet, über den Begriff „Gewerkschaftsorganisation“ zu sprechen, nur darf dieses Wort nicht gebraucht werden. Wir müssen also eine andere Form wählen und etwa „über die Bedeutung einer Vereinigung, oder über den Nutzen des Zusammenschlusses, oder zu welchem Zweck schließen wir uns der Organisation an, oder warum vereinigen resp. organisieren wir uns“, sprechen, dann ist eine Anmeldung der Versammlung bei der Polizei nicht nötig, da solche Thematiken keine öffentlichen Angelegenheiten sind und folgedessen auch nicht unter

den § 1 des preussischen Vereinsgesetzes fallen. Wer aber in irgend einer Weise über „Gewerkschaftsorganisation“ sprechen will, der muß auch Betriebsbesprechungen bei der Polizei anmelden. Ihr wißt also nun Bescheid, Kollegen!

Berlin. Allgemeine Berliner Omnibus-Mitgl.-Ges. Nach dem Geschäftsbericht für 1902 betragen die Einnahmen insgesamt 2915066 Mk., während die Ausgaben 2466270 Mk. erforderten, so daß als Betriebsüberschuß 448696 Mk. verblieben. Zu Abschreibungen sind hiervon 223743 Mk. Verwendung. Die Dividende beträgt 6 pSt. Der Geschäftsbericht bemerkt zu diesem Resultat, daß dieses nur dem geringeren Bedarf an Pferden, der fortgesetzten größtmöglichen Sparsamkeit und verhältnismäßig günstigen Foursageantäufen zu danken sei. Zwei wenig rentable Linien wurden in 1902 aufgegeben. Weiter heißt es in dem Bericht: Ob nach Abschluß neuer Handelsverträge und durch diese etwa entstehende Erhöhung der Waizen- und Weizenpreise der Geschäftsbericht nicht unüberwindliche Schwierigkeiten erwachsen werden, läßt sich heute mit Sicherheit zwar noch nicht sagen, jedoch ist diese Eventualität geeignet, den Fortbestand des Omnibusbetriebes in seiner jetzigen Ausdehnung in Frage zu stellen. Der bevorstehenden Generalversammlung der Gesellschaft wird bekanntlich ein Vertragsentwurf betr. die Übernahme des Betriebes der Neuen Berliner Omnibusgesellschaft durch die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft vorgelegt.

Da hätten wir also schon den Nutzen des vielgerühmten Sozialismus, der armen Teufel bringt er um ihre Arbeit und den reichen Agrariern fällt er die Taschen bis zum Überlaufen. Das nennt man sozialen Ausgleich in Deutschland.

Einen der wichtigsten Faktoren des Fortschritts in der Großstadt repräsentieren die Milchfrauen. Sie sind es, die schon in aller Herrgottsfrühe die Massen der städtischen Bevölkerung mit dem nützlichsten Nahrungsmittel versorgen. Wüßte man sich diese Kategorie von Berufstätigen nicht sehr viel um die Organisation gekümmert. Erst in der letzten Zeit haben die in einem Betriebe herrschenden Arbeitsverhältnisse die daselbst tätigen Kollegen gezwungen, sich auf ihre Pflichten der Organisation gegenüber zu begeben. Die im „Schweizerhof“ beschäftigten Milchfrauen hatten Ursache, lebhafteste Klage über ihre Arbeitsbedingungen zu führen. Die Verwaltung I (Berlin) nahm daher Gelegenheit, eine Betriebsbesprechung einzuberufen, um eine Aussprache über die Zustände im Betriebe herbeizuführen. Bei dieser Gelegenheit traten von den 50 Rutscher der Firma 38 dem Verbande bei. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit dem Inhaber der Firma Verhandlungen zwecks Abstellung der größten Mängel einzuleiten. Das paßte aber verschiedenen Leuten, die sich gern beim Chef als liebe Kinder in Erinnerung bringen wollten, nicht. So wurde Alles aufgeschoben, um den Organisator den Beitritt zu verweigern. Eine Zusammenkunft wurde durch die Polizei verhindert. An anderer Stelle dieses Blattes finden die Kollegen hierüber das Nähere. Der Sohn des Chefs soll bei dieser Affäre nicht ganz unbedeutend gewesen sein. Im „Vokal-Anzeiger“ erschien eine Annonce, wonach im Schweizerhof Rutscher gesucht würden; es sollte sich dabei wohl um Ertrag für die Organisator handeln. Nachdem aber 5 Rutscher gemeldet waren, verlangten die übrigen Organisator geschloffen die Wiederentstellung jener, andernfalls sei am nächsten Morgen ebenfalls die Arbeit einstellen wollten. Die Vertreter des Verbandes erwirkten dann auch die Zurücknahme der Entlassung. Seitens der Firma wurde das Versprechen gegeben, daß sie den Rutscher wegen der Zugehörigkeit zum Verbande nichts mehr in den Weg legen werde. Ferner zeigten sich die Vertreter der Firma nicht abgeneigt, mit der Kommission der Rutscher und dem Verbandsvertreter bezüglich der besseren Regelung der Arbeitsverhältnisse zu verhandeln. Ganz ernst scheint es aber der Direktion mit dem Versprechen nicht gewesen zu sein. Zwei entlassene Rutscher wollten anderweitig in Stellung treten; es wurde ihnen aber gesagt, nach eingezogener Auskunft seien sie Seiger und Aufwieger, man könne sie deshalb nicht einstellen. Natürlich haben die Kollegen gegen die Firma Schweizerhof Schadenersatzklage beim Gewerbegericht eingereicht. Die später eingebrachten Betriebsbesprechungen wurden hintertrieben. Indifferenten Rutscher im Bunde mit den Oberkutschern und Kontrollanten positionieren sich in der Nähe des Versammlungsorts, um die Besucher der Direktion mitteilen zu können.

Allem Anschein nach hat die Direktion große Vorsorgnis vor einem Streik, an den die Rutscher aber nicht denken. Für sie handelt es sich nur um Befestigung verschärfener Mißstände, die in direktem Widerspruch zur Reichsgewerbeordnung stehen. Die Arbeitszeit beginnt des Morgens um 3 1/2 Uhr und endet Mittag, je nach der Tour, um 2 oder 3 Uhr. An verschiedenen Tagen der Woche müssen die Rutscher dann noch fern abladen und das dauert gewöhnlich von 4-8 Uhr Abends. Für diese Extrarbeit besteht die Entschädigung in 1 Pf. das Bier. Eine Arbeitsordnung im Sinne des § 134 b der Gewerbeordnung gibt es im Betriebe nicht. Das Strafsystem wird nach Willkür gehandhabt und schon ist es bei Lohnzahlungen vorgekommen, daß einem Mann 5 Mk. für Strafe in Abzug gebracht wurden. Für was die Rutscher Strafe zahlen müssen, das wissen sie meistens selber nicht. Die jugendlichen Mitfahrer haben besonders unter der Willkür ihrer Vorgesetzten zu leiden und außer den Geldstrafen ist es schon vorgekommen, daß sie körperliche Züchtigungen über sich ergehen lassen mußten.

Ferner beklagen sich die Rutscher über einen Kontrollleur Schröder. Dieser besitzt vis-à-vis dem Betriebe eine Kneipe. Verschiedene Rutscher wollen die Erfahrung gemacht haben, daß diejenigen, die nicht oder nicht genug in jener Kneipe verkehren, am meisten mit Weibungen bedacht wurden.

Da die Arbeiter von diesem Betriebe geliefert Milch meist Arbeiter sind, erging eine Aufforderung an diese, auf ihre Milchlieferanten zu achten und denselben den Weg zu weisen, die nicht organisiert sind. Unsere Verbandskollegen wollen sich diese Aufforderung besonders zu Notam nehmen.

Die Breslauer Omnibusgesellschaft hat ihren Kutscher und Schaffner am 15. d. Mts. den Lohn nicht ausbezahlt, sondern nur einen Voranschlag von 20 Mk. pro Mann. Diese für die Angestellten sehr mißliche Maßnahme wurde auf folgende sonderbare Weise erklärt: „Das Geld ist zur Anschaffung von Pferden verwendet worden, die Angestellten müssen warten.“ Nun ist aber bis heutigen Tages die Kasse nicht ausgezahlt worden und viele der Betroffenen sind dadurch mit ihren Angehörigen in eine höchst peinliche Situation geraten. Wir möchten deshalb die Unternehmer darauf aufmerksam machen, daß diese Lohnbehaltungen ganz ungesetzlich sind.

Dresden. Der Kollege B. war bei der Firma A. Altmann & Co. in Niederbühl als Kutscher beschäftigt. Vor einigen Tagen verlor derselbe unterwegs ein Stück Holz und sollte er den Werth desselben der Firma ersetzen. Dies brachte der Kollege in der Versammlung zur Sprache. Obwohl nun in der Versammlung und auch in dem Versammlungsberichte ein Name nicht genannt war, wurde der Kollege am Mittwoch Vormittag plötzlich entlassen. Der Wensdarm, welcher die Versammlung überwacht hatte, war am Tage vorher im Kontor der Firma erschienen und liegt der Verdacht nahe, daß die Firma durch denselben Bericht über die Versammlung erhielt.

Unser Beamter Kollb gab sich nunmehr zu der Firma, um im Auftrag des Kollegen ein Zeugnis sowie den Lohn abzuholen und sich nach dem Grunde der Entlassung zu erkundigen. Nach kurzer Verhandlung erklärte der Mitinhaber und Leiter des Unternehmens Vogel: „Ich habe mit Ihnen nichts zu tun, machen Sie, daß Sie rauskommen, sonst schmeiß ich Sie raus.“ Hierauf empfahl sich natürlich unser Kollege. Der Kollege B. erhielt sofort Rechtschutz; die Firma Altmann & Co. wurde prompt verklagt. In der Verhandlung verlangte nun Vogel, daß der Kollege B. das Geld selbst abholen sollte und bequente sich erst dann zur Zahlung, als ihm begrifflich gemacht wurde, daß der Gerichtsvollzieher das Geld aus Kosten der Firma abholen werde. Das Zeugnis wollte Vogel zur zweiten Verhandlung mitbringen. Ebenso wie sich Vogel unserem Beamten gegenüber aufgeführt, betrug er sich auch in der Gerichtsverhandlung. Insbesondere betonte er, daß der Vorgang in einer sozialdemokratischen Versammlung besprochen worden sei. So betrogen sich die Unternehmer, die immer auf unsere Kollegen schimpfen.

Elberfeld. Zur Lohnbewegung der Rutscher, Fuhrleute und Ablader wird uns geschrieben: Zum Verger der Fuhrunternehmer sind die von den Arbeitern abgehaltenen Versammlungen mühsamst verlaufen, trotzdem erstere alles aufgebieten haben, die Versammlungen zu stören; gekaufte Elemente fanden sich auch diesmal noch. Täglich mehr sich die Zahl, welche die sich der Arbeiterorganisation anschließen und wird die Zahl bald erreicht sein, welche notwendig ist, um den gerechten Lohnanspruch durchzuführen, trotz aller Mächtigkeiten und Verdrungen dieser an erster Stelle stehenden Ausbeuterklasse. Wenn in dem „Fuhrhalter“ ein Herr S. schreibt, der Verband möchte mal erst dafür sorgen, daß die Qualität der Rutscher eine bessere werde, so sei der Herr darauf hingewiesen, daß gerade die Fuhrherren es sind, welche die Leute mit dem schlechtesten Futter traktieren, damit dieselben über ihre Lage nicht zum Nachdenken kommen. Sind es nicht die Unternehmer, welche die Rutscher oft 4 1/2 bis 5 Uhr Morgens hinaus jagen, um einen leeren Möbelsaal zu bekommen? Wo bietet sich einem solchen Kollegen Gelegenheit, um diese Zeit Kaffee zu bekommen? Der Fuhrherr reicht ihm als Ersatz die Schnapskappe! Der „Zusatz“, der sehr oft zur Regel wird, will es, daß der betr. Rutscher auch Mittags auswärts ist und schließlich Abends 10-11 Uhr nach Hause kommt. Da es Spesen nicht giebt oder nur ganz geringe, so wird der stärkste Mann schwanzen, wenn zu den Futterkosten einige Glas Bier oder Schnaps kommen. Wer Schuld ist an der Qualität der Fuhrleute dürfte nicht schwer zu entscheiden sein.

Einen schönen Beitrag zur „Theorie und Praxis“ liefert die Firma Sch. Herr Sch. spielt die erste Rolle im „Tierisch-Verein“. Pferde und Rutscher werden hier gleich behandelt. Erstere bekommen auch bei taglangen Touren kein Futter mit, weil angeblich die Rutscher das ihnen mitgegebene Futter verkaufen (?). Letztere erhalten im Betrieb 18 Mk. aus Touren 21 Mk. Diese 3 Mk. Mehrlohn gelten als Spesen. Im Durchschnitt 50 Pf. Spesen pro Tag, ohne des Mittags nach Hause zu kommen, dabei die schweren Säcke auf gefährlichen Treppen ohne genügende Schutzvorrichtung auf die Wägen zu schaffeln. Als ein weiterer Mißstand wird die Begünstigung einiger spenabierender Fuhrherren bei der Güter-Annahme resp. Ausgabe empfunden. Der Verband hat sich um einen früheren Schluß der Annahme und Ausgabe der Güter auf allen in Frage kommenden Bahnhöfen an die königl. Eisenbahn-Direktion gewandt und hofft, daß dieser nur berechtigter Wunsch Berücksichtigung findet.

Nun, ihr Fuhrleute, Ablader u. s. w., die Chancen sind äußerst günstig, es heißt aber auf der Hut zu sein, noch besser als bisher zu agieren und organisieren, damit bis zum abgelaufenen Termine die Reihen formiert sind. Die Unternehmer und deren Trabanten vorbereiten das Gerücht, daß bereits 50 000 Mk. hier angekommen sind und daß in wenigen Tagen „gefreit“ werden soll. Kollegen, das ist einfach ein infamer Schwindel, darauf berechnet, Euch einzuschüchtern, Euch das Vertrauen zur Organisation zu rauben; daß eine noch viel stärkere Kriegesklasse vorhanden ist, wollen wir verraten, auch daß wir vor einer Arbeitsniederlegung nicht zurückstehen, wenn die Unternehmer sich zu annehmbaren Konzeptionen nicht verstehen. Also an letzteren und nicht an uns liegt es, den Krieg zu vermeiden. Eine Anzahl Unternehmer hat privatim erklärt, den Lohn zahlen zu wollen, nur die Bezahlung der Ueberstunden paßt ihnen nicht in den Kram — glauben wir schon, war es doch so schön, 14 bis 16 Stunden arbeiten zu lassen! Kollegen, sorgt dafür, daß der Sieg ein vollständiger wird. Seid einig!

Leipzig-Gonnemig. Bei der Firma Oswald Freyberg dauerte die Arbeitszeit für unsere Kollegen von 4 Uhr früh bis 8 Uhr Abends. Auch nach dieser Zeit dürfen die Kollegen noch Kohlen- oder Schenkenwagen von der Bahn holen, ohne daß es dafür auch nur einen Pfennig Extrazuschuß gäbe. Dafür werden die Kollegen mit Titulaturen wie „Bauunter zc.“ beehrt. Wer früh morgens mal eine halbe Stunde zu spät kommt, dem werden aber gleich 2 Mk. vom Wochenlohn abgezogen. Auch im Winter, wenn weniger zu thun ist, zieht Herr Freyberg gelegentlich vom Wochenlohn 2 Mark ab, obwohl dieser nur 20 Mk. beträgt. Des Sonntags werden die Kollegen auch während der Kirchzeit mit allerhand Arbeiten beschäftigt, eventuell findet auch mal zur höheren Ehre Gottes ein Appell mit Stangenketten, Ortschaften und dergl. statt. Außerdem müssen die Kollegen 25 Mk. Kautions stellen, zu welchem Zwecke, das ist ihnen freilich nicht recht klar. Wir hoffen, daß diese Zellen genügen, um eine Beförderung herbeizuführen, andernfalls wir uns gar nicht genieren würden, demnach etwas größeres Geschäft aufzuführen.

Magdeburg. Wichtig für Kutscher. Der Regierungspräsident veröffentlicht folgenden Nachtrag zur Polizeiverordnung vom 30. September 1889: „Ausfuhrwerke dürfen die Gasse, sobald und soweit der Fahrdamm rechts neben ihnen frei ist, nicht besetzen. Den Ausfuhrwerken sind alle öffentlichen Personenzufuhrwerke mit Ausnahme der Droschken gleich zu rechnen.“

Magdeburg. Bei der Firma Otto Kraatz haben 17 Kutscher die Arbeit niedergelegt, da die Firma eine ganz minimale Lohnforderung strikte ablehnte. Die Leitung des Verbandes hat sofort alles aufgeboten, um die Sache friedlich zu schlichten.

Der Versuch scheiterte an dem gesamten Herrenstandpunkt, den die Inhaberin der Firma, Frau Kraatz, einnahm.

Sie erklärte dem Geschäftsführer des Verbandes, daß sich ihr verordneter Mann von den Kutschern hätte keine Vorschriften machen lassen und sie ließe sich auch keine Vorschriften machen. Es sei überhaupt eine Ungezogenheit und Ungehörigkeit von den Kutschern, Forderungen zu stellen. Die Kutscher sollten ihr lieber dankbar sein, daß sie im Winter von ihr beschäftigt worden sind und es sei nicht recht, jetzt, wo die Arbeit dränge, ungehörige Forderungen zu stellen! — Man sieht, die Dame hat das Zeug zu einem kleinen Stumm in sich!

Und was für „ungehörige Forderungen“ sind es, die die Kutscher gestellt haben?

Sie fordern — man höre! — daß die Arbeitszeit des Morgens um 4 1/2 Uhr, anstatt wie jetzt um 4 Uhr, beginne, und um 7 Uhr Abends beende sei. Sie fordern eine Mittagspause von nur einer Stunde. Sie fordern, daß ihnen die Firma die gesetzlich festgelegte Sonntagsruhe gewähre. Sie fordern 20 Mark Wochenlohn, das macht bei 84 Arbeitsstunden, die die Arbeiter wöchentlich zu leisten bereit sind, 24 Pfennig pro Stunde. Sie fordern, daß ihnen die Kutscher- und Omnibusfahren, die sie des Nachts und Sonntags zu machen haben, von der Firma, wie sich das gehört, bezahlt werden.

Das sind die Forderungen der Kutscher, und die magt man als „ungehörige“ zu bezeichnen!

Anzweifeln haben sich leider ein paar Arbeitsmüßlinge gefunden, so daß der Betrieb zum Teil fortgesetzt wird. Aber fragt uns nur nicht wie!

Zwei der retenden Gestalten haben sich schon bei dem Streik in der Stahlgießerei von Otto Gruson auf ihr Metier „eingelast“. Dann haben noch ein Fiedler-Geselle, ein paar Kutscher, die früher bei der Firma beschäftigt gewesen sind und wegen Trunkenheit fortgesetzt worden waren, angefangen!

Der Geschäftsführer des Verbandes wurde nochmals bei der Firma vorstellig, doch wurde ihm vom Vachhalter der Firma mitgeteilt, daß die Frau Kraatz sich auf keine Unterhandlungen einlasse. Er meinte unter Anderem, daß die Firma „die Kutscher dieser Winter über durchgefüttert“ habe, was der Frau Kraatz Launen gefloßt habe. Das genügt zur Charakteristik der Firma. Dem Mitinhaber der Firma, Dr. med. Franz Wegrad (Schweiger Sohn der Frau Kraatz), ist der Bericht über die Ursachen des Streiks zugehört worden. Hoffentlich wird Dr. med. Wegrad vom Standpunkte eines Arztes die Forderungen der Rutscher beurteilen und nicht vom Standpunkte eines Unternehmers, der rücksichtslos seinen Vorteil wahrnimmt, nachzudenken darum, ob die Gesundheit der Arbeiter Schaden leidet oder nicht. Müßt der Herr die Sache anbelangen, so müß er die Forderungen der Rutscher als gerechtfertigt bezeichnen.

Kraatz betreibt bekanntlich einen Möbeltransport, unsere Verbandsmitglieder werden daher mit den Streikbrechern während der Riezeit recht oft zusammenreffen. Kollegen, wie Ihr Euch solchen Leuten gegenüber zu benehmen habt, das wißt Ihr, das brauchen wir Euch nicht erst zu sagen.

Sächsischer Handelsstand. Das sächsische Vereinsgesetz gestattet bekanntlich nicht, daß minderjährige Personen an politischen Versammlungen teilnehmen. Da aber auch die hiesigen Sachen noch keine genaue Definition des Begriffs „Politik“ gefunden haben, so liegt es völlig in der Willkür der überwachenden Beamten und in der Aufstellung der Gerichte, ob die Verhandlungen in einer Gewerkschaftsversammlung für politisch befunden werden oder nicht. Am 18. Januar d. J. referierte Koll. Richter in einer Versammlung unserer Verwaltungshilfe „Grund über: „Hat der Handels- und Transportarbeiter ein Recht auf Menschenwürde?“ In dieser Versammlung nahm auch der im 18. Lebensjahre stehende Produktfischer und Verbandskollege Friedrich teil. Der überwachende Beamte der Amtshauptmannschaft Dresden-Mühlitz hielt den Vortrag unseres Kollegen Richter zum Teil für politisch, die Folge war ein Strafmandat an den Vollmächtigten und an Friedrich, je in einer Höhe von 10 Mk. Wegen dieser Strafverfügung wurde Verurteilung beim Amtsgericht Döhlen eingeleitet. — Am Dienstag, den 10. März, fand nun die Hauptverhandlung in der Sache statt, in der Friedrich freigesprochen, der Vollmächtigte Kaiser aber zu 10 Mk. Strafe und Kosten verurteilt wurde. Die Definition des Begriffs „Politik“

[illegible]

Stuttgart. Am 2. Sonntag im Monat im **Gewerkschaftshaus.** Ein-
gänger und Ausgänger der Unterhaltungen des **Koffen D. Wörle,**
5. **Uhr bis 11. Uhr.**

Stuhl 1. St. Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends halb 10 Uhr
im **Verderf.**

Vater 1. St. **Bertramung** alle 6 Wochen Sonntag bei **Gröde.**

Waldenburg 1. St. Alle 14 Tage Sonntags Nachm. 3 Uhr im
Häcker Restaurant, Wilmshof.

Wilmshof. Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat im **deutschen Keller.**

Wilmshof 1. St. Sonntag bei **Ge. Bauer, Hermann-**
Wilmshof. Jeden dritten Sonntag im Monat bei **Siebert.**

Wilmshof 1. St. Jeden 3. Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, bei
den **Reihen.**

Wilmshof 1. St. Sonntag im Monat, Nachm. 2 Uhr.

Wilmshof 1. St. Jeden letzten Sonntag im Monat im **Restaurant zum Reichs-**
Wilmshof.

Wilmshof 1. St. Jeden 1. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr, im
Wilmshof 1. St.

Wilmshof 1. St. Jeden Sonntag nach dem 15. im Monat, Abends 8 Uhr,
im **Wilmshof.**

Görlitz.

Mittwoch, den 8. April, Abends 9 Uhr:
Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Wie stellen wir uns zu den Anträgen zur General-
Versammlung? 3. Verschiedenes. 4. Fragestufen.
Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist Pflicht.
===== Gäste willkommen. =====
Die Ortsverwaltung.

Kemnitz, Cossebaude, Stetzsch und Umgegend.

Donnerstag, den 29. März 1903:
Große Versammlung
für Aufseher, Markthelfer u.
im Schiffsbau zu Gohlis.

Tages-Ordnung:
1. Warum haben die Aufsteher und Markthelfer lange Arbeitszeit und niedrigen Lohn? Referent: Kollege Otto Robbt - Dresden. 2. Versäufliche Angelegenheiten. Freie Aussprache.
Anfang Nachmittags 3 Uhr.
Zahlreiches Erscheinen aller Kollegen erwartet
Der Einberufer.

Distrikt X. Altona-Ottensen.

Dienstag, den 7. April, Abends 9 Uhr:

Versammlung

bei Christianen, Blumenstraße.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Die Antwort des Altknaier Polizeibehörde auf unsere Beschwerden betreffend die Verfahrsvorhältnisse in der kleinen Bergstraße. 3. Kartellberichte. 4. Verträge und Anfragen.

Kollegen, besonders des zweiten Bunttes wegen ist es Pflicht der Kollegen Richter, recht zahlreich zu erscheinen, es gilt Protest zu erheben.

Die Distriktsleitung.

Verwaltungsstelle Hamburg, Altona und
Wandsbeck.

Nachstehende Herren Gastwirthe haben die Forderungen der Hausdiener noch bewilligt:
Heinrich Sager, Spalbingstr. 142, R. Hans Wulf, Alsterdorferstr. 81 a.
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Kollegen Hamburgs!

Hiermit den Kollegen die Mittheilung, daß ich die
Gastwirthschaft
 des Herrn N. Anners, Bahnhofplatz 5, käuflich über-
 nommen habe.

Mit kollegialem Gruß
Heinrich Weinrich,
Bahnhofplatz 5, Ecke Schützenpforte

Achtung! Achtung!
Pankower Kollegen.

Am Sonntag, den 29. März, Abends 6 Uhr:
Gr. Versammlung mit Frauen
bei Nojdski, Brehmestr. 5.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Straub über: „Moderne Zollpolitik.“ 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.
Wir erachten es als Ehrenpflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Elberfeld.

Restauration von Frau Ww. Jos. Müller
J. B. Albert Grincien,
Berliner- und Wupperstraßen-Edel,
 hält sich allen Kollegen bestens empfohlen. — ff. Die
 aus der Brauerei S. u. D. Gelsenberg. — Reine Korn
 branntweine. — Pferdetränke zu jeder Zeit zu Diensten

Achtung, Fensterputzer!

Die Arbeiter der Firma **Stähr u. Co.,** Gr. Intern.
Reinig.-Anstalt, **Berlin, Verstr. 13/19,** sind in eine
Lohnbewegung eingetreten. Befördert werden 19,50 M.
Minimallohn pro Woche.
Wir erfinden die Kollegen allerorts, dies zu be-
achten und keine Arbeit nach Berlin auszuweichen.
Die Lohnkommission.

D r e s d

Mittwoch, den 1. April, Abends 9 Uhr:
Gutscher-Versammlung
 im Restaurant War Widel.
 Tages-Ordnung: 1. Die Lohn- und Arbeits-
 verhältnisse bei der Firma Curt Wähler. Referent:
 Kollege Otto Richter-Ghemnith. 2. Berufliche Angelegen-
 heiten. Freie Ansprache.

Donnerstag, den 2. April, Abends 9 Uhr:
Kutscher-Versammlung
 im Restaurant „Zur Wölfe“, Leipzigerstr. 95.

Tages-Ordnung:
1. Warum haben unsere Kollegen lange Arbeitszeit und niedrigen Lohn? Referent: Kollege Otto Richter-Gemnitz. 2. Berufliche Angelegenheiten. Freie Aussprache.
Zahlreiches Erscheinen aller Kollegen erwartet
Der Einberufer,

Ortsverwaltung Bremen I.

Am Donnerstag, den 9. April, Abends 8½ Uhr,
bei Herrn C. Greve, Weeren 13

General-Versammlung.

Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Leipzig.

Ernst Dietrich
L.: Connewitz, Biedermannstraße 42
empfiehlt den Kollegen sein gut sortirtes

Herren u. Knaben Sut- u. Müßelager

in den neuesten Formen und Farben.
Regenschirme, Spazierhüte, Schlüpf, Hosenträger,
Leinen-, Gummi- und Papierwäſche (Mey & Edlich zu
Originalpreſſen.)

Damen- u. Mädchenhüte, garnirt und ungarnirt.

Confirmandenhüte von Mk. 1,75-3,00.
Bei Einkauf von Mk. 3,00 20 Pf. Straßenbahn-Ver-
gütung. Kollegen von außerhalb unter Angabe von Form,
Farbe und Kopfweite Herrensilghüte 3 Mk. gegen Nach-
nahme franco.

Cöpenick.

Erklärung!
Ich, Endesunterzeichneter, erkläre ausdrücklich, daß die ganze Streitfrage zwischen mir und Habdell auf verschiedene Irrthümer meinerseits zurückzuführen ist und bedauere lebhaft, daß die ganze Sache die Ortsverwaltung (Spensit) beschäftigt hat. Ich nehme hiernit alle Aussetzungen und Verdächtigungen gegen Habdell zurück und verspreche im Interesse des Verbandes weiter arbeiten zu wollen.

Karl Blth.

Fensterputzer

der selbständig arbeiten kann, gesucht. Offerten mit
Zeugnissen zu richten an **H. Bischof, Oldenburg,**
(Großh.), **Kurwischstr. 10.**

**Ein- und Verkauf
von Papier und Packmaterialien**

Widelyappen, Stoffabfälle u.
Carl Nitsche, Mitglied des Zentralverbandes.
Oderwasserstraße 10.

Sterbetafel des Verbandes.

Gestorben sind:
 In Eibersfeld der Kollege Ch. Fischer.
 In Frankfurt a. M. der Kollege Wilh. Eldder.
 In Götting der Kollege Gust. Lange.
 In Hamburg die Kollegen Martin Grader und
 Chr. Gaad.
 In Kassel der Kollege Jul. Vorbach.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltungen.

Verantwortl. Redakteur und Verleger: D. Schumann, Berlin.
Druck: Maurer & Dimmig, Berlin S., Luisen-Ufer 11.

Zur Lage der Breslauer Straßenbahner.

Wenn irgendwo Straßenbahner berechnete Klagen vorzubringen haben, so dürfen die Angehörigen der hiesigen elektrischen Straßenbahn (ältere resp. Grabschener) alle Ursache dazu haben.

Was nur irgendwie an langer Arbeitszeit und schlechter Bezahlung möglich ist, das leistet sich diese Verwaltung.

Dieselbe baute vor einiger Zeit eine neue Kraftstation mit einem Kostenaufwande von etwa 2 Millionen Mark, da aber die entsprechende Ausbuchtung ausgeblieben, das gewaltige Kapital aber verzinst werden muß, so wird natürlich da am meisten gespart, wo es durchaus nicht angebracht ist — bei den Führern, Schaffnern und Arbeitern.

Dieses unangebrachte Sparsystem soll nun vor allen Dingen der Bureauvorsteher Rodewald (nebenbei pensionierter kgl. preussischer Eisenbahn-Betriebssekretär) sehr gut verstehen.

Die Straßenarbeiter dürfen im Winter nicht mehr als 8½ Stunden arbeiten — damit sie nicht zuviel verdienen — und wenn nun Schneefall eintritt, so müssen diejenigen Schaffner und Führer, welche Ablösung haben und schon 12 bis 14 Stunden gefahren sind, in der Nacht Schnee verladen, ohne dafür etwas zu erhalten oder am anderen Tage vom Dienst befreit zu sein.

Damit auch Arbeiter zum Wagenpufen nicht mehr notwendig sind, muß das Fahrpersonal sich selbst die Sandkästen füllen, Messinghebelputzen etc. Das Wagenpufen der Messinghebel zieht strenge Strafen nach sich.

Frühmorgens wird militärisch angetreten, und wer auch nur einige Minuten zu spät kommt und seinen Wagen noch erreicht, wird mit mindestens 50 Pfennigen bestraft.

Das Fahrpersonal besteht zur Zeit aus 78 Personen, davon haben täglich 43 Tour, 21 Ablosungsdienst, 6 Reservendienst und 8 frei. Der Dienst ist in der Regel für einen ganzen Monat festgelegt und zwar so, daß die Personale 2 höchstens 8 freie Tage im Monat, und zwar nur an Wochentagen, haben.

Weim Tourdienst sollen laut Polizeivorschrift die Führer nicht mehr als 14, die Schaffner nicht mehr als 10 Stunden Dienst haben. Es kommt aber durchwegs eine längere Arbeitszeit heraus, vor allem durch das schon bemerzte Wagenpufen etc.

Daß beim Ablosungsdienst die Führer zu allen möglichen Arbeiten herangezogen werden, wie Wagenfahrgelen, und dergleichen, sei nur nebenbei erwähnt.

Im Sommer ist der Dienst noch länger, und kommt es da auch vor, daß ein Schaffner 2 Wagen bedienen muß, kommen dann bei dieser Überbelastung Beschwerden vor, so wird natürlich der Schaffner bestraft.

Die Führer sollen laut Vorschrift nur 2 Tage Tour mit 14 Stunden Dienst und 1 Tag Ablosung mit sechs Stunden Dienst haben, das wird durchaus nicht eingehalten, sondern die Führer an den Ablosungstagen bis zu 15 Stunden beschäftigt.

Die Straßenarbeiter hatten früher 800 bis 900 Meter Strecke zu reinigen und erhielten bei einer 12- bis 15tägigen Arbeitszeit pro Stunde 24 bis 26 Pfg., jetzt haben dieselben 1400 bis 2600 Meter zu reinigen und erhalten bei einer unbeschränkten Arbeitszeit pro Monat 60 bis 69 Mt.

Die Straßenarbeiter müssen im Sommer Tag für Tag 16 und mehr Stunden arbeiten, ohne für die Nacharbeit auch nur einen Pfennig Zuschlag zu erhalten. Freie Tage im Sommer gibt es nicht, dafür haben sie im Winter das Vergnügen, alle Wochen 2 bis 3 Tage aussetzen zu müssen, bei ohnehin beschränkter Arbeitszeit.

Wenn die Straßenarbeiter zum Fahrdienst verwandt wurden, so erhielten dieselben 5 Pfg. pro Stunde Zuschlag, das gibt es nun jetzt nicht mehr, trotzdem dieselben gegebenenfalls Führer oder Schaffner ersetzen müssen.

Die Behandlung seitens der Kontrolloren ist durchaus nicht angemessen, und zeichnet sich besonders der Kontrollor Beyer durch kolossale „Schneidigkeit“ aus. Derselbe betrachtet die Wagen mit der Uhr in der Hand und rechnet mit ¼ und ½ Minuten.

Die verhängten Strafen und die oft unverhältnismäßig hohen Reparaturkosten verschlingen mitunter die ganze Kaution (200 Mark), z. B. bei dem Führer Schwarzer.

Anfangs dieses Monats erschien folgende Verfügung der Direktion: „Seitens eines Dementen unserer Aufsichtsbehörde ist bemerkt worden, daß Wagenführer und Schaffner, wenn sie frei sind, in einer Weise sich miteinander unterhalten, die demselben an das Unstille grenzt. Um derartige Vorkommnisse zu vermeiden, wird dem Fahrpersonal in Aussicht gestellt, daß bei einem nochmaligen Verstoß — die freie Fahrt von und zum Dienst wegfällt. Wer zum Dienst zu spät kommt, wird mit strengen Strafen event. mit Entlassung bedroht.“

Dieser Ullas gab dem Oberkontr.-Koll. Schönborn Veranlassung, um das stille Gefühl des Fahrpersonals wieder zu befestigen, an den dienstfreien Tagen — Instruktion — anzulegen. Von dieser Instruktion kann nur jemand befreit werden, wenn ein Todesfall in der Familie vorkommt.

Das Fahrpersonal ist nun allerdings der ganz respektlosen Meinung, daß derartige Stillschickens-Instruktionen zuerst bei den Kontrolloren abzuhalten notwendig wäre.

Es bleibt da einige recht erbärmliche Vorkommnisse. Wie man sieht, gibt es Klagen übergenug, und Ungerechtes gibt es mehr als Zufriedene, und doch will ein Teil der Führer und Schaffner immer noch nicht einsehen, daß nur durch festen Zusammenschluß eine dauernde Besserung geschaffen werden kann.

Daß dies nur mit Hilfe des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter möglich ist, haben andere Städte schon längst bewiesen, und rufen wir deshalb den Breslauer Straßenbahner zu: Laßt nun einmal eure unfürsinnige Angst bei Seite, und alle hinein in den Verband.

Aus Sachsen.

Ein untrügliches Zeichen der stetigen Entwicklung unseres Verbandes ist das immer mehr an „Boden gewinnen“ in den mittleren und kleinen Städten. Was noch vor wenigen Jahren als eine Unmöglichkeit galt, ist heute schon zum Teil zur Tatsache geworden, die Handels- und Transportarbeiter sind auch in kleineren Orten organisationsfähig geworden. Der gegenwärtige Stand der Organisation in Sachsen incl. Altenburg beweist dieses. Während vor 1½ Jahren im Bereiche des Gauzes nur 7 Verwaltungsstellen mit 992 Mitgliedern (siehe Abrechnung 8. Quartal 1901) bestanden, waren bei Abschluß des 8. Quartals 1902 bereits 19 Verwaltungsstellen mit 1271 Mitgliedern vorhanden, ohne Leipzig. Das 4. Quartal 1902 brachte noch 3 Verwaltungsstellen (Meußelwitz, Döbeln, Grimma) mit ca. 40 Mitgliedern und im neuen Geschäftsjahr konnten bereits 2 weitere Verwaltungsstellen (Glauchau und Meißen) mit circa 25 Mitgliedern gegründet werden. Es sind demnach im Gau V z. 3, 24 Verwaltungsstellen vorhanden. Es ist nun selbstverständlich unmöglich, in jeder Nummer des „Courier“ alles, was in den Orten vorgeht, insbesondere über Versammlungen, zu berichten. Beispielsweise sind im Januar und Februar seitens der Bauleitung nicht weniger als 42 Versammlungen arrangiert worden; sollte nun über jede derselben ein Bericht geschrieben werden, dann bräuhete man den Raum des „Courier“ für Sachsen allein. Die Kollegen, welche sich darüber beschwert haben, wollen demnach die Gründe prüfen. Ueber Alles, was allgemeines Interesse hat, ist pünktlich berichtet worden. Einige Streikführer über den Stand der Organisation in den einzelnen Orten mögen hier folgen.

Dresden, von der wirtschaftlichen Krise von allen sächsischen Städten am meisten heimgesucht, bedurfte der Gaugattung am meisten. Geradezu erschreckend groß ist hier unter unseren Kollegen die Arbeitslosigkeit. Nach einer vom Gewerkschaftsrat sehr umfangreich vorgenommenen Arbeitslosenabzählung waren im Januar 1902 885 Kollegen, jeder durchschnittlich 12 Wochen 1 Tag, arbeitslos. Im Januar 1903 erhöhte sich die Durchschnittswochenzahl auf 14 Wochen 2 Tage. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache und geben Zeugnis von der ungeheuren Noth, unter der unsere Kollegen unerschuldet leiden müssen. Wenn trotzdem die Organisation nicht zurückgegangen ist, so ist das nur der intensiven Agitation zu verdanken. Dresden mit Umgebung hat an der Gaugattung den Löwenanteil; im Januar und Februar wurde der Agitator zu 4 Branchen, 4 Bezirksversammlungen und 8 Sitzungen in Anspruch genommen. Die Bezirksversammlungen haben sich durchgängig am besten bewährt. Im Bezirk „Niederschlesien“, der im Januar d. J. zum ersten Mal bearbeitet wurde, konnten bis Ende Februar bereits 27 Mitglieder geworben werden. Von den Drohkentenkursen läßt sich nur eine allgemeine Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit feststellen. Ein regeres Leben herrscht unter den Fensterputzern, in deren Brancherversammlungen mehr Kollegen anwesend sind, als in den allgemeinen Monatsversammlungen. Nur bleibt zu wünschen, daß Kleinigkeiten aus den Diskussionen in den Versammlungen verschwinden, sonst gehen die besten Gründe eines Referates wieder verloren. Einen guten Prozentsatz organisierter Kollegen weisen auch die Petroleumfahrer auf. In dieser Branche wird baldigst einmal an die Schaffung gleichmäßiger Verhältnisse gedacht werden müssen.

Leipzig. In den Zahlen der Verwaltungsstelle Dresden eingerechnet, weist dieses nur 3 Mitglieder auf. Was ist aus der einst zu großen Hoffnung berechtigenden schönen Zahlstelle geworden? Trotz fortgesetzter Anregung will es nicht gelingen, wieder Leben in die Organisation zu bringen. Die ehemaligen Kollegen haben den Ort verlassen, andere sind gestorben oder gehören dem Beruf nicht mehr an. Die Grundgesamtheit der Organisation von vor 4 Jahren sind längst wieder zum Teil. Aber Einstig wollen die Kollegen nicht haben. Trotzdem dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen und zusehen. Wenn hier auch der Boden steinig ist, die Steinfahrleute werden doch den Werth der Organisation noch erkennen lernen. Weit besser hat sich die Organisation im

Plauenschen Grunde entwickelt. Ueber 50 Prozent der dortigen Berufsangehörigen sind bereits organisiert. Geradezu revolutionär hat hier die Inbetriebsetzung der Straßenbahn gewirkt. Die Straßerverfügungen regnen wie vom Himmel runter. Die Kollegen werden in nächster Zeit die Behörden um Beschaffung besserer Straßenvorhältnisse, u. U. um Pflasterung der Hauptstraßen nach Dresden, angehen müssen. Die Straßengeber, die unsere Kollegen dort bezahlt haben, werden wohl so ziemlich zulanzen.

Radeberg weist ebenfalls einen guten Prozentsatz von organisierten Kollegen auf. Es sind namentlich Fabrik- und Geschäftsführer. Ein besseres Hand in Handgehen der dortigen Gewerkschaften könnte nichts schaden. Unser Bevollmächtigter stimmt darüber regelmäßig in Klage. An. Anerkennung müssen wir aber, daß unsere Kollegen dort ein schweres Stück Arbeit hinter sich haben. In der Kautschuk haben wir z. B. nur zwei Verwaltungsstellen.

Zittau und Löbau. In beiden Orten läßt der Versammlungsbesuch viel zu wünschen übrig. Zittau wird sich Mühe geben müssen, die Kollegen Matthieser mehr für den Verband zu interessieren. In Löbau ist ein gutes Zusammenhalten der Kollegen zu konstatieren, nur die Brauerkutschler zeigen sich den Bestrebungen des Verbandes abgeneigt. Wiederholt haben wir auch bemerken müssen, daß einige Kollegen den „Courier“ nicht lesen.

Großenhain ist die jüngste der rechtselbigen Verwaltungsstellen des Bezirks. Mit so gutem Erfolge diese Zahlstelle einsetzte, so wenig haben die Kollegen Ausdauer bewiesen. Nur ein Teil der ehemaligen Mitglieder ist noch vorhanden. Und dies, trotzdem dem Verbande es zuzuschreiben ist, daß die größten Verhältnisse der Unternehmer gegen die Unfallversicherungsordnungen beseitigt worden sind. Der liebe Janz der Kollegen

untereinander hat hier das Nötige gethan. Hoffentlich kommt die Einstig nicht zu spät. — Lange hat es gedauert, daß auch in

Meißen die Organisation Boden gewinnen konnte. Vielleicht demerachtet sich es hier: „Was lange dauert wird gut.“ Bei dem allgemeinen Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung in Meißen dürfen unsere Kollegen nicht zurückbleiben. Gegenwärtig sind 8 Kollegen organisiert. Das Meißener Fahrwesen stellt an die Kollegen bedeutende Ansprüche. Enge abschüssige Straßen, Straßenbahn, viel Verkehr etc., dazu lange Arbeitszeit, lassen erkennen, daß es den Kutschern nicht zu wohl geht. Der Kutschervereinsvorsitzende erklärte in einer Versammlung: „Die Dresdener Kutscher verdienen noch viel weniger wie wir.“ Schreibt Euch das hinter die Ohren, Kollegen in Dresden. — Von

Döbeln ist noch wenig zu sagen. Im 4. Quartal konnten wir nur 3 Mitglieder verzeichnen, von denen eines unterdessen ausgewandert ist. Am 1. März wurden 3 Kutschern gemacht, so daß jetzt 5 Kollegen dem Verbande angehören. Seiner Tropfen höhlt den Stein.

In Grimma sind die Kollegen nicht zum Versammlungsbesuch zu bewegen; das Gauen geht ihnen vor. In nächster Zeit wird hier eine Haus- und Stallagitation stattfinden. Wollen wir das Beste hoffen. — Von dem Sojne eines Unternehmers haben sich die Kollegen in

Waldheim beschwerten lassen. Es will dort nicht über unseren alten Bestand hinausgehen. — Ganz schlecht steht es in

Mittweida aus. Der dortige Klimbim-Kutscherverein ist das Ein und Alles der Kollegen. Hoffentlich wird es auch hier noch mal helle. — Mit der Entwicklung des Verbandes in

Einbach können wir zufrieden sein, obwohl eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages wünschenswert wäre. Ein unglücklicher Stern läßt dort jetzt alle geplanten Versammlungen verregnen.

Chemnitz: das Zentrum unserer Leiden! Die Treue kennt man hier nicht! Von 100 Aufnahmen bleiben 20 Mitglieder. Kein Wunder, daß man hier noch den 16tägigen Arbeitstag hat und 12—18 Mt. für stebentägige Arbeitswoche an Lohn erhält. Der größte Teil der Mattheiser gerät sich als etwas Besseres. Von Straßenbahnern gar nicht zu reden. Viele Kollegen betrachten den Verband als einen Automaten, ohne (nicht man 10 Pf. hinein, unten holt man 10 Mark heraus. Was wird hier nicht alles angestellt, um vorwärts zu kommen. Bezirksversammlungen, Branchenvorstellungen, Alles umsonst. Gegen die Dummheit ist kein Kraut gewachsen. In jeder Versammlung ein Faß Freirei und humoristische Vorträge, dann würde es vielleicht gehen. Hat man einige Kollegen zum Beitritt bewegen, so machen deren Frauen dieselben wieder abtrünnig. Es wird noch mander Anstrengung bedürfen, ehe hier die Mehrzahl der Kollegen dem Verbande angehört. Bei den Mattheisern ist eine kleine Besserung zu verzeichnen. Zeit wird's! — Endlich ist auch in

Glauchau wieder Leben in die Bude gekommen. Fast 3 Jahre hat der Winterhof gedauert. Hier heißt es alle Kräfte anspannen, daß das Verfallene wieder nachgeholt wird.

Meran: es will nicht recht vom Fleck kommen. Es fehlt dort an einen Führer, der dem Beruf direkt angehört. Daran tranken auch noch andere Orte; es läßt sich nur nicht erlangen. — In

Zwickau ist jetzt ein neuer Zug hineingekommen. Die Lohnbewegung der Rietel & Co., die dem Brauer-Verband so schwer im Magen liegt, daß sie in ihrer Polemik gegen uns ganz übersehen, daß die dortigen Kutscher pro Woche 7—8 Mt. Prozente verdienen, in Folge dessen nicht, wie in der „Brauerzeugung“, überhaupt 1 Mt. weniger als die in der Brauerlei beschäftigten Kutscher, sondern ca. 6 Mt. mehr, hat Aufklärung gebracht. Neuerdings sind auch die Bierkutscher der Brauerei

Lohn b. Lengenfeld i. B. an Zwickau angegliedert. Auch dort ist bereits eine Lohnbewegung im Gange. Zwickau hat nunmehr wieder die Mitgliedszahl erreicht, die es hatte, als die Straßenbahner noch Mitglieder unseres Verbandes waren. Bekanntlich hatten diese schnell vergessen, wer für sie die Kautien aus dem Feuer geholt. Im Voigtland steht's noch böß aus. — In

Greiz und Reichbach nur Anfänge der Organisation. In beiden Orten ist das schwierigste Fahren in ganz Sachsen. Greiz hat Straßen, die noch nicht mal Gassen sind. In beiden Orten haben die Straßen ein Gefälle, daß man kaum seinen gemöhnlichen Schritt gehen kann. Wer des Fahrens nicht ganz kundig ist, hier kann er es lernen. Die Mattheiser und Wader nennen sich hier stolz „Adamoteure“. Nächstens werden wir einen Versuch mit einer „Adamoteur-Versammlung“ machen. Vielleicht zieht das!

Plauen weist nicht was Kräfte ist. Schlechten Geschäftsgang kennt man nicht. Die weibliche Arbeitskraft ist fast theurer als die männliche. Trotzdem kommt keine Organisation auf einen grünen Zweig. Auch wir machen keine Ausnahme. Statt der 26 organisierten Kollegen, die wir dort haben, könnten sehr gut die zehnfache Zahl und noch mehr sein. Aber in Plauen kommt eben erst das Vergnügen. Plauen ist keine mittlere Stadt mehr. Bei der nächsten Volksabzählung wird es mit in die Reihe der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern kommen. Es wird Zeit, daß sich die Kollegen bestimmen.

In Hof wird es aber wohl lange währen, ehe dasselbe sich wieder emporrafft. Wo einmal etwas kaputt ist, hält es schwer, wieder die Sache aufzurichten. — Mit Genugthuung kann man auf

Grimmischau sehen. Die Zahlstelle, die erst gar nicht vom Fleck kommen wollte, hat z. B. 30 Mitglieder. Den Frauen der Kollegen dort ist der Agitator so gut bekannt wie den Männern. Es ist ihnen verschiedentlich Gelegenheit geboten worden, die Versammlungen zu besuchen und unser Schanden ist das nicht gemein. Andere Orte könnten davon lernen. Mit dem

Agaralände, „Altenburg“ können wir recht zufrieden sein. Welchem Orte könnte nicht die Zahlstelle

Altenburg als Muster vorgehalten werden? Welche Stadt von ca. 37.000 Einwohnern kann wohl noch 225 Verbandsmitglieder stellen? Auch

Neuchâtel hat sich sehr gut entwickelt. Dort gehören ebenfalls mehr als 50 pSt. sämtlicher Berufsangehörigen dem Verbands an.

Schmölten, die dritte Stadt im Bund, berechtigt ebenfalls zu den besten Hoffnungen. Hoffentlich schreitet die Entwicklung weiter so vorwärts.

Lange genug haben unsere Kollegen in allen Orten ein unwürdiges Joch getragen. Die Zeit, wo es abgegchüttelt werden kann, kann nicht mehr fern sein. Aber der Arbeit bedarf es allerorts noch viel.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Baut-Wilhelmshafen. In den Mitglieder-Versammlungen am 20. Februar und 8. März, welche gut besucht waren, traten 5 Kollegen dem Verbands bei. Kollege Vandorn-Wildt wurde als Delegierter zur Generalversammlung gewählt. Dieser soll nachher auf Kosten der Hauptkasse hier am Orte Bericht erstatten.

Chemnitz. Eine öffentliche Versammlung der Bäcker und Markthelfer fand am 3. März statt. Kollege Richter sprach über „Unser Beruf und die Entwicklung der modernen Warenhäuser“. Redner zeigte an der Hand einer Statistik den Aufschwung der Warenhäuser. Durch Einführung des Großbetriebes im Detailwarenverkauf könnten auch geregelte Arbeitsverhältnisse für die Markthelfer und Bäcker Waise greifen. Es sei auch dringend notwendig, die durchweg miserablen Arbeitsverhältnisse genannter Kollegen zu beseitigen und etwas Besseres an deren Stelle zu setzen. Redner schloß dann noch die Vorteile der Organisation und forderte zum Beitritt in dieselbe auf. 7 Kollegen folgten diesem Rufe.

Nach einer Aufforderung zu weiterer reger Agitation trat Schluß der Versammlung ein.

Dresden. Eine gut besuchte Rutscher-Versammlung fand am Sonnabend, den 21. Februar, im Saale „Zur stillen Lust“, Naugnerstraße 48, statt. Ueber: „Die Dresdner Lohn- und Arbeitsverhältnisse“, mit besonderer Berücksichtigung der Firma Dresdner Schuhmaschinenfabrik, referierte Kollege Richter-Ghemnitz. Er führte aus, daß unsere Kollegen für die 15-18 stündige Arbeitszeit mit einem Lohn von durchschnittlich 22 Pf. pro Stunde sich begnügen müßten. Beim Dresdner Schuhmaschinenfabrik dauert die Arbeitszeit von früh 5 Uhr bis Abends 10 Uhr, oft bis 11, 12 oder gar 3 Uhr. An Lohn wird gezahlt für schwere Rutscher pro Woche 19 Mark im Sommer und 18 Mark im Winter. Die Rutscher, die leicht fahren, erhalten pro Monat 75 Mark. Der Inspektor schmeißt die Rutscher ohne Grund an und gebraucht allerhand Schimpfwörter. Im Laufe der Debatte sprach Kollege Müller seine Verwunderung darüber aus, daß sich trotz Aufforderung Niemand zum Wort meldete, der mit den Ausführungen nicht einverstanden sei. Demnach sind alle von der Unhaltbarkeit dieser Zustände überzeugt. Nach einem kräftigen Schlußwort meldeten sich wiederum eine Anzahl Kollegen als Mitglieder zu dem Verband an und erfolgte hierauf der Schluß der Versammlung.

Dresden. In der Monats-Versammlung, die am Sonnabend, den 28. Februar, im Dresdner Volkshaus stattfand, erstattete Kollege Hermann Müller den Bericht vom Gewerkschaftskartell. In halbständigem Vortrage ging er auf die wichtigsten Vorkommnisse näher ein und wurden seine Ausführungen von den anderen Vertretern ergänzt. Nach kurzer Debatte wurden als Vertreter zum Kartell gewählt die Kollegen Otto Hoff, Hermann Müller und Karl Lambrecht. Dann wurden die zur General-Versammlung in Hamburg gestellten Anträge lebhaft diskutiert. Der vorgeschrittenen Zeit halber mußte darin abgebrochen werden, um die Wahl der Delegierten zur General-Versammlung vorzunehmen. Nach kürzester Debatte wurden per Stimmzettel als Delegierte gewählt die Kollegen Einar Höfer und Otto Hoff, als Ersatzmann Herrn Müller.

Elberfeld. Die Mitglieder-Versammlung am Montag, den 10. März, war sehr gut besucht und ließ sich wieder eine Anzahl Kollegen aufnehmen. Zunächst wurde das Verhalten des Bahnpolizeispektors kritisiert, welcher bei dem Streik der Firma Lange, Abblagegeschäft am Richter Bahnhof, einseitig eingreift. Das Ueberschreiten der Geleise habe zweien unserer Kollegen, die dort beschäftigt waren, Strafen eingebracht, während dasselbe Vergehen bei den jetzt daselbst beschäftigten Streikbrechern straflos bleibt, ja diesen Leuten werde ohne Bahnsteigkarte das Kaufen des Bahnhofs gestattet, um so recht unaufrichtig zu Arbeitsstelle zu gelangen. Frauen, sogar Kinder von 10-12 Jahren würden auf den Geleisen gebuddelt und bei dieser gefährlichen Arbeit verwendet. Aber auch die unteren Polizeiorgane scheinen der Meinung zu sein, daß streikende Arbeiter, wenn dieselben sich noch so friedlich verhalten, vorgefesselt sind. So sei ein vollkommen unbefähigter Arbeiter von einem Schutzmann arrestit und mit der Kette ins Gefängnis geschlagen worden. Zwei Kollegen aus der Steinbeck seien von einem Beamten mit den Worten bedroht worden: „Laßt die Hunde aus der Steinbeck fort kommen, denen schlagen wie die Freie. Kapit.“ Diese Vorgehensweise, Höfer, Aufwiegelung sollen in der Steinbeck bleiben u. s. w.

Die Organisation hat sich beschwerend über den Herrn Oberbürgermeister gewandt, und werden daraufhin vorstehende Angaben, wie sie in der Versammlung gemacht wurden, untersucht werden müssen. Die Versammlung gab ihrer Meinung zu diesen Vorkommnissen durch folgende Resolution Ausdruck:

„Die heute im Saale des Herrn Bräseel statt beschlossene Versammlung der Schutzleute, Arbeiter u. protestiert energig gegen das Vorgehen einzelner Polizeiorgane bei dem Streik der Firma Kron & Nierhaus am

Arrenberg, sowohl wie bei dem Streik bei der Firma Lange, Richter Bahnhof. Die Versammlung erklart in dem Vorgehen der betr. Polizeibeamten ein einseitiges Eingreifen zu Gunsten der Unternehmer und verlangt vom obersten Polizeichef, Herrn Oberbürgermeister Funk, sofortige Abhilfe. Gleichzeitig verpflichten sich die Versammelten, mit aller Macht für die Stärkung der Organisation einzutreten.“

Hervorgehoben wurde noch, daß die Fuhrwerksbesitzer bereits drei Versammlungen abgehalten und einen Schutzverband gegründet haben. Die Herren tragen sich mit recht großen Gedanken: die Organisation soll vernichtet werden. Eine Konventionalstrafe von 1000 Mark soll derjenige Unternehmer zahlen, der einen entlassenen organisierten Arbeiter in Arbeit nimmt. Nun wissen die Arbeiter, daß die Herren viel, recht viel Geld haben und geben sich der Hoffnung hin, daß es so reichen Leuten nicht schwer fallen wird, die so erbärmlichen Löhne aufzubessern — ob sie wollen oder nicht!

Frankfurt a. M. Gines aufgewandte gutem Besuches hatte sich unsere ordentliche Generalversammlung zu erfreuen, was wohl auf die einmütige wichtige Tagesordnung zurückzuführen war.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde seitens der Versammlung das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Wilh. Stöcker in üblicher Weise gekehrt. Kollege Varisch machte im „Geschäftlichen“ auf die Gründung des Bureau und Arbeitsnachweises aufmerksam und erinnerte die Kollegen auf ihre damit übernommenen Pflichten. Sodann hielt Herr Wessler Luppe einen 1 1/2 stündigen, mit sehr interessantem Material ausgestatteten Vortrag über „Die Rechtsgeschäfte des täglichen Lebens“, welcher allgemeinen lebhaften Beifall fand. Auf eine Reihe von Kollegen gestellte Fragen gab der Referent in liebenswürdiger Weise die gewöhnliche Auskunft.

Als Delegierter zur Generalversammlung wurde einstimmig Kollege Varisch gewählt. Von einer Diskussion der Anträge zur Generalversammlung nahm man der vorgeschrittenen Zeit halber Abstand.

Im „Verschiedenen“ wurde angeregt, die Bekanntgabe der Versammlung in Zukunft wieder in der „Volkstimme“ zu veröffentlichen und die schriftlichen Einladungen dafür einzuflechten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, worauf der Schluß der Versammlung stattfand.

Wir möchten nur lebhaft wünschen, daß unsere Mitglieder-Versammlungen in Zukunft ebenso gut besucht würden. Die Ortsverwaltung wird ihrerseits auch das Mögliche tun, um die Versammlungen interessant zu gestalten.

Bärth. Mitglieder-Versammlung am 1. März 1903, abgehalten beim Kollegen Schüller, Julestraße. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Hamburg zu Ostern 1903.

Der Kollege Reimmüller eröffnete um 3 Uhr die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt.

Von 88 anwesenden Mitgliedern (wie die Präsenzliste im Original ergibt) haben 88 für den Kollegen Reimmüller gestimmt, als Ersatzmann Kollege Bernpointner. Die Wahl wurde per Stimmzettel vollzogen. Zu bemerken ist noch, daß vor Beginn der Abstimmung der Bevollmächtigte ganz genau erklärt hat, daß in Nürnberg Kollege Bauerneind, in Bärth Kollege Reimmüller, als Ersatzmann Kollege Bernpointner vorgeschlagen sind.

Glauchau i. S. Am Sonntag, den 8. März, sprach Kollege Richter-Ghemnitz über: Wie verheerend wir unsere Lage. Redner schilderte zunächst die überaus traurigen Verhältnisse unserer Kollegen am Orte. Gearbeitet wird nach unserer Statistik pro Tag 14 1/2 Stunden, 85 Pf. die Woche, ohne die Sonntagsarbeit von ca. 6 Stunden. Dafür gibt es einen Lohn von 15 Mk. oder pro Stunde 17 1/2 Pf., und die Sonntagsarbeit umsonst. Ferner schilderte Redner an der Hand verschiedener Verbote, wie rechtlos unsere Kollegen auf der Straße sind. Jeder Schutzmann sieht sich mindeßens als Oberwurm und einem Rutscher gegenüber, von den Gendarmen gar nicht zu reden. Das muß anders werden. Die organisierten Kollegen haben an ihrem Verband einen gewaltigen Rückhalt, und durch die Gewährung freien Rechtsschutzes seitens des Verbandes bei Polizeifreigezeiten wird ein zermahlen Sicherheit eintreten. Werden wir aber selber freiwillige Polizei, damit die wenigen Bestimmungen, die uns zum Wohle sein können, wenigstens eingehalten werden. Es brauchen die Kollegen nicht am Sonntag Wagen zu waschen und schmieren oder Häcksel zu schneiden. Das sind keine unaufschiebbaren Arbeiten im Sinne der Gewerbe-Ordnung. Durch den Verband wird Remedur geschaffen werden.

In der Diskussion bestätigte ein anwesender Strimmitschauer Kollege, daß der Verband dort schon viel Gutes geleistet hat. Ein anderer Kollege gibt bekannt, daß die Firma Fischer & Co. Abzüge vom Wochenlohn bei unverschuldetem Fehlen des Kollegen macht. Dittmann's Nachf. läßt noch Nachts um 1 1/2 Uhr Güter abholen. Der Inhaber der letzteren Firma beliest auch Ausbrüche, die uns nicht vorbildlich sein können. So hat er vor einiger Zeit zu einem Rutscher gesagt: „Ich stehe Dir gleich die Mistgabel in den R...zen!“ Ist das nicht fei?

Der Referent ermahnte nochmals die Kollegen, dem Verbands beizutreten und weiter für denselben zu arbeiten und zu wirken. Vorwärts! sei die Losung. Es gehören bereits 21 Kollegen der jungen Verwaltungsstelle als Mitglieder an.

Stöckberg i. Pr. Eine Mitglieder-Versammlung der hiesigen Verwaltungsstelle tagte am Freitag, den 27. Februar, in der Wohnung. Auf der Tagesordnung standen Anträge zur Generalversammlung in Hamburg und event. Wahl von Delegierten. Aus der Mitte der Versammlung wurden 5 Anträge gestellt. Angenommen wurden folgende 3 Anträge: Die General-Versammlung solle beschließen, der Zentralvorstand soll Schritte zur Gründung einer Witwen- und Waisenunterstützungskasse unternehmen, und zwar auf der Basis beruhend, daß der Beitritt ein freiwilliger bleiben muß. — Mitglieder, welche für fünf Jahre die vollen Wochenbeiträge geleistet haben

und in dieser Zeit vom Verband keine Gegenleistung in Form einer Unterstützung erhalten haben, ist die Witwen- und Waisenunterstützung schon nach Ablauf einer einmündigen Karenzzeit zu gewähren. — Versammlungsberichte im Verbandsorgan sind auf den möglichst niedrigsten Raum zu beschränken, nach Möglichkeit gänzlich wegzulassen.

Als Delegierte waren 3 Mitglieder in Vorschlag gebracht. Da nach der Wahlbezirkseinteilung für die Orte Königsberg, Elbing, Bromberg, Stettin und Straßburg nur zwei zu wählen sind, wurden für Kollegen Räder-Königsberg 65 Stimmen, für Kollegen Steinmüller-Stettin 66 und für Kollegen Botsch-Straßburg 4 Stimmen abgegeben.

Leipzig. Mitglieder-Versammlung. Nachdem Genosse Karl Binkau einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „den Kampf um die Gewerbe-Ordnung“ gehalten, wurde die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Hamburg vorgenommen. Die Wahl fiel auf die Kollegen Karl Werner, Franz Schmidt und Robert Stange. In der Diskussion äußerten sich einige Kollegen dahingehend, daß die gewählten Delegierten gegen die Einführung der obligatorischen Krankenunterstützung bei Erhöhung der Wochenbeiträge, sowie gegen die Einführung der Witwen- und Waisenunterstützung stimmen mögen, andererseits trat Kollege Keder für Erhöhung der Beiträge ein. Nachdem der Vorsitzende zur bevorstehenden Gewerbegerichtsbesprechung aufmerksam gemacht, erfolgte Schluß der Versammlung.

Mainz. Mitglieder-Versammlung am 15. Februar. Der Vorsitzende erklärte bei Eröffnung der Versammlung, daß es bei vielen hiesigen Mitgliedern Anstoß erregt habe, weil Kollege Gstadt aus Mannheim sich gar nicht mehr um Mainz kümmere. Heute sei nun Gstadt erschienen, um sein Abtrittsrecht zu halten. Gstadt schilderte zunächst, was ihm bewogen habe, seine Stellung als befristeter Beamter aufzugeben. Oft genug habe man ihn bessere und angenehmere Stellen angeboten, er habe aber keine angenommen, weil er sich gesagt habe, du bist nun einmal mit den Verhältnissen bekannt und mußt daher auf deinem Posten bleiben. Als aber die Kräfte angebrochen sei, als unsere Kollegen, wohl nicht in Mainz, aber doch in den meisten Städten seines Bezirkes, den Mut verloren hätten, Neuaufnahmen fast gar nicht mehr gemacht würden, aber auch die Mitglieder vielfach keine Versammlungen mehr besuchten, da sei auch er muthig geworden. Er durfte doch nicht auf dem Sofa liegen bleiben, er war ja bezahlter Angestellter, seine Pflicht war es, immer wieder im Bezirk herum zu fahren und zu versuchen, etwas zu bewirken. Der Erfolg war aber die Zeit und das Geld, was es kostete, nicht werth. Da hielt er es nicht mehr aus und ging. Wenn es überall so schön vorwärts gegangen wäre, wie in Mainz, so hätte er die Stellung nicht aufgegeben. Redner besprach sodann die augenblickliche politische Lage und machte besonders die sehr zahlreich erschienenen Frauen auf die Folgen des Zolltariffs aufmerksam. Alle unsere Nahrungsmittel werden nun noch theurer werden, die Arbeitslosigkeit wird größer werden, denn wenn das Ausland uns kein Getreide mehr liefern darf, dann nimmt es auch von uns keine Waren mehr.

Manche andere Verwaltungsstelle unseres Verbandes wäre zusammengebrochen, wenn sie die Stürme hätte durchmachen müssen, die Mainz hinter sich hat. Aber immer ist ein guter Stamm von Mitgliedern geblieben. Heute zählt Mainz wieder über 100 zahlende Mitglieder. Die Unternehmer haben wieder gelernt, uns zu fürchten.

Grünwald sprach den Dank der Versammlung aus und wünschte, daß Gstadt sich bald wieder in Mainz sehen läßt. Bei der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung wurde von mehreren Kollegen debattiert, daß Mainz nicht zum Vortritt gemacht worden sei. Es sei doch die größte Verwaltungsstelle im Bezirk und hätte wohl das Recht auf einen Delegierten gehabt. Da keine Aussicht war, einen Mainzer Kollegen durchzubringen, wurde vorgeschlagen, den Koll. Gstadt zu wählen, weil er der Einzige sei, der im ganzen Bezirk Bekandtheit und die Verhältnisse kenne. Gstadt wurde einstimmig gewählt. In der Diskussion debattierte Kollege Müller aus Frankfurt, daß er in voriger Versammlung nicht zum Wort gekommen sei, und kündigte sich derselbe über die Verhältnisse der Mainzer Brauereien. Koll. Grünwald sprach sich noch aus über den Antrag Voigt.

Nachdem noch einige Angelegenheiten des Gewerkschaftskartells erledigt waren, erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Nixdorf. Mitglieder-Versammlung am 22. Februar. Kollege Hüpper berichtete über die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells. Als Delegierte zu diesem wurden hierauf die Kollegen Hüpper und Schwital gewählt. Kollege Franke erstattete hierauf Bericht über die Thätigkeit der Agitationskommission. Darnach haben 5 öffentliche, 2 Mitglieder-Versammlungen, 2 Betriebsbesprechungen, 16 Sitzungen und eine Sonntagkontrolle stattgefunden. Die Kommission hatte 112 Aufnahmen neuer Mitglieder für den Verband zu verzeichnen. In die Agitationskommission wurden gewählt die Kollegen Franke, Megner, Kahler, Müller, Conrad, Schade und Paul. Folgende Resolution fand gegen eine Stimme Annahme:

„Die Verbandsmitglieder des Bezirkes Nixdorf sprechen hiermit ihr Bedauern aus, daß die Redaktion unseres Verbandsorgans die Berichte der „Nixdorfer Kollegenzeitung“ so wenig resp. garnicht bringt, trotzdem sehr wichtige Versammlungen stattgefunden haben.“

NB Daß nun ganz ausnahmsweise und in sehr verkürzter Form Nixdorfer Berichte gebracht worden sind, ist eine Thatsache, die wir nicht bestritten wollen. Die drei Berliner Verwaltungsstellen haben im vorigen Jahre nicht weniger als 638 Versammlungen abgehalten, da hätte der Name des „Courier“ wirklich nicht gereicht, da wenn das Blatt sonst garnichts als diese Berichte gebracht hätte. Im Interesse der Kollegenzeitung selbst wird das Versammlungsberichtsweisen in Zukunft noch eine stärkere Einschränkung erfahren müssen.

D. R.

A. Bericht der Hauptkasse pro 4. Quartal 1902.

Einnahme.	M.	3	M.	3
An Kassenbestand am 30. Sept. 1902			18262	09
Aufnahmegebühren à 50 Pf.	1535	—	—	—
Wochenbeiträge à 25 Pf.	25145	88	—	—
à 20 "	—	96	—	—
à 15 "	118	64	—	—
Gabebeiträge	2114	78	—	—
Extra-Einsendungen	276	60	—	—
Verträge	15	90	—	—
Annoncen im "Courier"	2	—	—	—
Abonnements a. d. Courier	84	81	—	—
Retourzahlungen	8	—	—	—
Mailmarken	26	—	—	—
Duplikatsbuch	—	20	—	—
Zinsen	24	65	29291	92
Summa			47554	01

Ausgabe.	M.	3	M.	3
Per Drucklegung des "Courier"	8540	20	—	—
Expedition des "Courier"	525	35	—	—
Redaktion des "Courier"	681	80	—	—
Druckkosten	738	—	—	—
Porto und Postgebühren	184	30	—	—
Inferate	2	60	—	—
Arbeitslohn-Unterstützungen	3701	59	—	—
Extra	481	25	—	—
Rechtschutz	1222	89	—	—
Verwaltungskosten:				
a) persönliche	1086	50	—	—
b) sächliche	609	38	—	—
Bücher, Zeitschriften	24	35	—	—
Ganagitation	5854	68	—	—
Allgem. Agitation	230	15	—	—
Zufuß a. d. Verwaltungsstellen	1055	87	—	—
Unterstützungen	483	25	—	—
Diverses	120	25	—	—
Umzugskosten	179	00	—	—
Verkehrsbeiträge	121	08	—	—
Konferenzen	31	50	—	—
Retourzahlungen	7	88	—	—
Krankengeld	15	—	—	—
Intern. Sekretariat	322	10	—	—
Ankauf von Effekten	2400	—	24364	07
Kassenbestand am 30. Dez. 1902			23189	94
Summa			47554	01

B. Bericht des Widerstandsfonds pro 4. Quart. 1902.

Einnahme.	M.	3	M.	3
An Widerstandsfondsmarken	3867	38	—	—
Gesammelt auf Listen	4982	52	—	—
An Zufuß aus den Ortsverwaltungen	105	—	—	—
Diverses	811	04	9765	94
Summa			9765	94

Ausgabe.	M.	3	M.	3
Per Unterfützung:				
a) bei Streiks	1386	45	—	—
b) Mahregelungen	5982	75	—	—
Sächliche Unkosten	29	10	—	—
Diverses	147	02	7495	82
Kassenbestand am 1. Jan. 1903			2270	02
Summa			9765	94

C. Abschluß beider Kassen.

Einnahme.	M.	3	M.	3
An Kassenbestand am 1. Okt. 1902			18262	09
a) in Baar	12676	—	80983	09
b) in Effekten	—	—	—	—
Einnahme				
a) der Hauptkasse	29291	92	—	—
b) des Widerstandsfonds	9765	94	—	—
c) an Effekten	2400	—	41457	86
Summa			72895	95

Ausgabe.	M.	3	M.	3
Per Ausgabe:				
a) der Hauptkasse	24364	07	—	—
b) des Widerstandsfonds	7495	82	81859	89
Kassenbestand am 1. Jan. 1903			25460	56
a) in Baar	15076	—	40536	56
b) in Effekten	—	—	—	—
Summa			72895	95
Bilanz.				
Gesamt-Einnahme	41	457	86	M.
Gesamt-Ausgabe	31	859	89	"
Differenz	9	598	47	M.
Vermögen beider Kassen	40	536	56	M.
Der Hauptkassier: Karl Kapler.				
Revidiert am 16. März 1903.				
Die Revisoren:				
Berthold Streiter, Otto Krämer, A. Meyer.				

A. Jahres-Bericht der Hauptkasse pro 1902.

Einnahme.	M.	3	M.	3
An Kassenbestand am 1. Jan. 1902			14656	78
Wochenbeiträge à 25 Pf.	91916	28	—	—
à 20 "	18	86	—	—
à 15 "	319	81	—	—
Aufnahmegebühren à 50 Pf.	5958	50	—	—
Gabebeiträge	6102	13	—	—
Annoncen im "Courier"	16	50	—	—
Abonnements auf den "Courier"	96	38	—	—
Mailmarken	782	50	—	—
Extra-Einsendungen	441	30	—	—
Duplikatsbücher	1	20	—	—
Verkauf von Proschüren	100	—	—	—
Agitationen - Gebühren	1	40	—	—
Zinsen	384	65	—	—
Bestände v. Schlußabrechnungen	66	55	—	—
aufgeklärte Verwaltungsstellen	42	54	—	—
Retourzahlungen	16	10	—	—
Diverses	29	65	100269	25
Ueberschüsse aus örtl. Fonds				
Summa			120925	98

Ausgabe.	M.	3	M.	3
Per Drucklegung des "Courier"	14428	25	—	—
Expedition	2685	27	—	—
Redaktion des "Courier"	2059	00	—	—
Porto und Postgebühren	586	84	—	—
Druckkosten, Formulare etc.	4087	80	—	—
Bücher und Zeitschriften	322	28	—	—
Inferate und Abonnements	164	10	—	—
Allgemeine Agitationskosten	1400	64	—	—
Ganagitation inkl. Gehälter der	22178	08	—	—
Unterstützungen:				
a) an Arbeitslohn	16188	30	—	—
b) in besonderen Fällen	1788	90	—	—
c) in Krankheitsfällen	88	—	—	—
d) Rechtschutz	9888	88	—	—
Verwaltungskosten:				
a) persönlich	6947	10	—	—
b) sächliche	3496	78	—	—
Unterstützungen	965	45	—	—
Zufuß:				
a) an die Verwaltungsstellen	4974	23	—	—
b) zum Widerstandsfonds	4546	87	—	—
Konferenzen und Kongresse	891	15	—	—
Generalkommission	1856	—	—	—
Umzugskosten	219	90	—	—
Retourzahlungen	18	63	—	—
Beitrag an das Internationale	478	12	—	—
Sekretariat	240	51	—	—
Kranken- und Invaliditäts-Versicherung der Angestellten	601	26	—	—
Diverses	2400	—	97736	04
Ankauf von Effekten			23189	94
Kassenbestand am 1. Jan. 1903			120925	98
Summa			120925	98

B. Jahres-Bericht des Widerstandsfonds pro 1902.

Einnahme.	M.	3	M.	3
An Kassenbestand am 31. Dez. 1901			58	52
Gesammelt auf Listen	4982	52	—	—
Widerstandsfondsmarken	12957	15	—	—
Zufuß von				
a) den Verwaltungsstellen	417	20	—	—
b) der Hauptkasse	4546	87	—	—
Freiwillige Beiträge	2430	28	25334	02
Summa			25334	02
Ausgabe:	M.	3	M.	3
Per Unterfützung:				
a) an Streikende	9367	40	—	—
b) " Gemahregelte	12752	42	—	—
Unkosten:				
a) persönliche	339	28	—	—
b) sächliche	521	80	—	—
Diverses	147	02	23121	92
Kassenbestand am 1. Jan. 1903			2270	02
Summa			25334	02

C. Abschluß beider Kassen.

Einnahme.		M.	3	M.	3
An Kassenbestand am 1. Jan. 1902					
a) in Baar		14715	25		
b) „ Effekten		12676		27391	25
Einnahme:					
a) der Hauptkasse		106269	25		
b) des Widerstandsfonds		25334	02		
c) in Effekten		2400		134003	27
Summa				161894	52
Ausgabe.		M.	3	M.	3
Per Ausgaben:					
a) der Hauptkasse		97736	04		
b) des Widerstandsfonds		23121	92	120857	96
„ Kassenbestand am 1. Januar 1903					
a) in Baar		25460	56		
b) „ Effekten		15076		40536	56
Summa				161894	52
Bilanz.					
Gesamt-Einnahme		184 003,27 M.			
Gesamt-Ausgabe		120 857,96 „			
Ueberschuß		18 145,31 M.			
Dazu Bestand vom 1. Januar 1902		27 891,25 „			
Vermögen beider Kassen		40 536,56 M.			

Jahres-Bericht der Verwaltungen pro 1902.

Einnahme.	M.	3	M.	3
An Kassenbestand am 1. Jan. 1902			5958	50
Aufnahmegebühren	189660	65	—	—
Wochenbeiträge	18902	50	—	—
Widerstandsfondsbeiträge	7616	95	—	—
Zufuß aus der Hauptkasse	31737	80	245776	40
Diverses				
Summa			262463	53

Ausgabe.	M.	3	M.	3
Per Kranken-Unterstützung	80808	—	—	—
Sterbe-Unterstützung	5096	50	—	—
Streiks und Gemahregelungen	1388	—	—	—
Unterstützung	2060	17	—	—
Extra-Unterstützungen	585	78	—	—
Rechtschutz	84989	32	—	—
Verwaltungskosten:				
a) persönliche	14353	13	—	—
b) sächliche	8132	35	—	—
Verammlg., Annoncen, Referate	1424	02	—	—
Bücher und Zeitschriften	8834	58	—	—
Porto und Druckkosten	8917	21	—	—
Diverses	118088	—	—	—
An die Hauptkasse gefandt	428	96	234555	87
West. v. aufg. Verwaltungsstell.			27098	16
Kassenbestand am 1. Jan. 1903			262463	53
Summa			262463	53

Abrechnung der Verwaltungen des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands pro IV. Quartal 1902.

Ort	Bsp. der Mitglieder	Einnahme								Summa	Ausgabe																Summa										
		Bestand		Einnahme		Wochenbeiträge		Widerstandsfonds			Zufuß a. d. Hauptkasse		Sonstige Einnahmen		Kranken-Unterstützung	Sterbe-Unterstützung	Druckkosten, u. Verwaltg.	Druckkosten, u. Verwaltg.	Verwaltungsausgaben		Veranm. Ausgaben	Porto und Briefe	Wochen u. Beihilf.	An die Hauptkasse gefandt	Uebere	Reisen- betand											
		M.	3	M.	3	M.	3	M.	3		M.	3	M.	3					M.	3								M.	3	M.	3	M.	3	M.	3	M.	3
Nachen	110	99	80	10	—	103	50	10	75	—	—	224	05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—										
Altenburg	238	265	67	9	50	660	75	38	50	—	—	872	42	104	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—										
Arnstadt	49	1	50	—	127	50	10	25	10	—	—	150	75	21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—										
Bamberg	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—										
Bayr.-Wilhelmsb.	20	45	75	—	18	25	—	75	—	—	—	64	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											
Berlin I	5806	5733	50	355	13892	—	2167	—	—	902	58	23050	08	1999	95	582	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—										
Berlin II (Genetp.)	250	10	05	41	393	—	3125	—	—	48	40	524	89	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											
Berlin III	1011	29	04	137	2519	50	339	75	—	246	89	3272	00	78	62	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											
Bielefeld	29	25	62	3	50	25	—	4	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											
Böckum	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											
Brandenburg	18	105	68	—	50	40	25	3	50	—	—	209	93	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											
Braunschweig	72	8	76	—	6	195	75	15	—	18	30	243	81	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											
Bremen I	168	138	22	29	50	513	—	33	25	75	50	194	27	23	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											
Bremen II	26	—	—	—	—	87	25	6	50	25	37	127	42	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											
Bremerhaven	618	725	91	154	1438	—	151	—	—	575	20	3044	11	159	35	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											
Breslau	1066	825	46	46	1949	76	141	—	50	50	—	3062	21	152	50	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											
Dresden	7	4	90	2	50	11	—	125	—	—	—	19	05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											
Charlottenburg	78	11	60	7	222	25	19	75	—	24	75	385	85	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											
Chemnitz	123	348	62	8	310	65	26	—	—	14	83	708	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											
Coburg	12	20	65	—	40	25	3	50	—	—	—	64	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											
Cöpenick	43	57	39	2	50	87	50	5	50	17	50	170	39	32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—											

[illegible]

Restanten vom 3. Quartal.

[illegible]